

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,00 Mk.,  
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-  
 Nummer mit Illustration Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.  
 Eingetragene in der Post-Zeitungs-  
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Infections-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgefaltete Kolon-  
 isse oder deren Raum 60 Pf., für  
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Verantwortl. Redakt.: Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Westf.-Straße 2.

Dienstag, den 7. Dezember 1897.

Expedition: SW. 19, Westf.-Straße 3.

### Um die Flotte.

Der Kampf um das Flottengesetz, um die Schiffsforderungen und das Septennat hat begonnen. Die erste Lesung der Vorlage entscheidet noch nichts und in der heutigen Sitzung des Reichstages sind große Parteien noch nicht zum Worte gekommen, insbesondere nicht die ausschlaggebende Zentrumspartei, und doch läßt sich aus der Entwicklung dieses ersten Vorpostengefechts schon der Ausgang des Streites vorhersehen.

Die Flottenfreunde sind mit voller Kraft in den Kampf gezogen. Der oberste Liebhaber des Flottenwesens, der Kaiser selbst hat die Verhandlungen des Reichstages mit einer Ansprache an das Präsidium eingeleitet und zu beeinflussen versucht. Dem Präsidium gegenüber, dem zwei Zentrums-Abgeordnete zugehören, betonte der Kaiser seine Absicht, den Missionaren kräftigen Schutz zu leihen, und er sprach die Hoffnung aus, der Reichstag werde das Flottengesetz annehmen; das fordere die allgemeine Weltlage, die keinen Aufschub gestatte.

Diesen selben Gedanken im Reichstage zur Geltung zu bringen, war die Aufgabe der Regierungsvertreter. Eine fast durchgängig erneuerte Regierung trat vor das Parlament. Neue Männer waren gekommen, um die „neuen Bahnen“ einzuleiten.

Große Erwartungen knüpften die Regierungsparteien an diese neuen Männer, denen ein Marschall, ein Böttcher, ein Dollmann weichen mußten. Diese Erwartungen wurden völlig getäuscht. Die Erneuerung der Regierung ist keine Verjüngung der Regierung, das zeigte überdeutlich schon der erste Tag der Wirksamkeit dieses neuen Zuwachses. Die neue Regierung paßt zu ihrem obersten Chef, dem greisen Reichskanzler, vollkommen. Bedeutende Männer, staatsmännische Individualitäten scheinen unter dem gegenwärtigen Regierungssystem unmöglich zu sein.

Allerdings darf man nicht vergessen, daß die Mattheit und Trivialität, die das erste Auftreten der neuen Regierung kennzeichnen, zum Teil auch darin ihren Ursprung haben mag, daß dieselbe sich künstlich einer besonders lebenswichtigen Form gegenüber dem Parlamente befehligte. Man wollte offenbar alles vermeiden, was verlegen konnte. Man suchte die außerordentlichen Forderungen der Regierung als möglichst unschuldig darzustellen. Man hoffte, den Reichstag durch holde Schmeicheleien für sich einzunehmen. Ist das Mäuslein dem lederen Röder nach und in die Falle gegangen, dann können ja die scharfen Krallen aus den Sammetpfötchen wieder hervorgefleckt werden.

Fürst Hohenlohe begann den Reigen. Er gab eine allgemeine Einleitung über die Bedeutung und „Notwendigkeit“ der Vorlage. Alles nähere sollte der Staatssekretär des Marine-Amtes dem Reichstage vortragen.

Und Tirpitz sprach. Der Ausarbeiter des Flottenplanes, von dem und von dessen Bedeutung seit Monaten die Zeitungen Wunder berichteten, welchen der Kaiser selbst den „Marine-Roon“ genannt haben soll und der die stärkste Nummer der neuen Regierung sein sollte, Herr Tirpitz hat ein Debut im Reichstage gehabt, wie es unglücklicher kaum sein konnte. Auch kein Hauch frischer Seelust ging von dem neuen Marine-Staatssekretär aus. Fast wie ausgetrocknet, schläfrig und matt stiehe das Mäuslein seiner Rede dahin. Sein Amtsvorgänger Herr Dollmann war gegen ihn lebensvoll und sprühend.

Und was brachte er sachlich zur Begründung seiner Vorlage bei? Er, gleich dem Reichskanzler, förderte auch nicht einen neuen Gedanken, ja nicht eine neue Wendung zu tage. In dürftigster Weise trat man nochmals breit, was die dürftige Begründung zur Vorlage und die dürftige Marinepresse schon zum Ueberdruß wiederholt hatten.

Die Forderungen seien sehr bescheiden. Die Lebensinteressen Deutschlands gebieten eine solche Verstärkung der Flotte. Das Septennat sei nötig, damit sich nicht alljährlich der Streit um einige Kreuzer erhebe. Den Rechten des Reichstages trete man damit nicht zu nahe u. s. w.

Alle diese Ausführungen, vorgetragen ohne den Versuch einer tieferen sachlichen Begründung, zurückzuweisen und in ihrer Gemeinplählichkeit und Unrichtigkeit aufzudecken, war für den sozialdemokratischen Redner, Abgeordneten Schoenlant, der als erster Redner aus den Parteien zu Worte kam und die Gründe der Opposition in großen Zügen darlegte, keine schwierige Aufgabe. Die Schoenlant'sche Rede gipfelte in einer allgemeinen Beleuchtung der politischen Situation, in einer Warnung vor den Gefahren einer abenteuerlichen Weltmachtpolitik, in einem gegenüber den heute vom Regierungstisch ausgehenden lauten Verschwindigungsverworten doppelt notwendigen Hinweis auf die absolutistischen Neigungen der Regierung, die in neuester Zeit sich immer mehr hervorwagten.

Sowohl der konservative Redner, Graf Limburg-Stirum, als drei Vertreter der Regierung versuchten die sozialdemokratischen Einwendungen abzuschwächen. Freiherr von Thielmann, der neue Staatssekretär des Reichsfinanzamts, ging auf die finanziellen Bedenken gegen die Vorlage ein, der Staatssekretär des Innern, Graf v. Posadowsky, suchte besonders dem Hinweis auf „absolutistische Neigungen“ entgegenzutreten. Graf v. Posadowsky dürfte jedoch seinen Auftragsgeber durch die Versicherungen, welche er hierzu machte, wenig genügt haben. Er meinte, wenn die Mehrheit des Reichstages so

denken würde wie die Sozialdemokratie, so gehe es allerdings mit dem Parlamentarismus zu Ende. Unverhohlenen kann man freilich kaum den „absolutistischen Neigungen“ das Wort reden. Wenn eine Parlamentsmehrheit — und hinter ihr stünde die große Mehrheit des Volkes — die Bahnen der Minderheit, zu der die Regierung hält, nicht gehen will, dann — gehe es mit dem Parlamentarismus zu Ende. Herr Graf, das war sehr deutlich und sehr unvorsichtig!

Weit klüger führte sich der neue Staatssekretär des auswärtigen Amtes, Graf v. Bülow ein. Er gedachte den Vorwurf einer abenteuerlichen Prestigepolitik zurückzuweisen, ging auf die Konflikte mit Haiti und China ein, bewegte sich aber auch nur in ganz allgemeinen Wendungen, die an den unangenehmen Thatsachen nichts bessern können. Immerhin war die äufere Art seines Auftretens nicht übel und Graf Bülow scheint unter den zahlreichen „neuen Männern“ der einzige zu sein, der vielleicht im Stande ist, sich eine Stellung im Parlament zu erringen.

Alles in allem: den vereinten Anstrengungen von nicht weniger als fünf Regierungsvertretern ist es in keiner Weise gelungen, die Aussichten des Flottengesetzes zu verbessern. Zwar muß abgewartet werden, wie sich das immer lavierende Zentrum morgen aussprechen wird, aber nach den bisherigen Anlässungen der „Germania“ und anderer Zentrums-Organe zu urteilen, können die Bedenken dieser Partei durch die Darlegungen der Regierungsvertreter in keiner Weise erschüttert worden sein. Und, wie Graf Limburg-Stirum kleinlaut zugestehen mußte, giebt es selbst innerhalb der konservativen Partei eine Minderheit — offenbar die Herrn v. Plöb besonders nahe stehende Gruppe — welche dem Septennat nicht zustimmen will.

Schon nach dem ersten Tag des Flottenstreites scheint festzustehen, daß die Regierung für das Septennat keine Mehrheit im Reichstage finden wird. Verzichtet sie auf das Septennat, dann freilich werden die bürgerlichen Parteien gern bereit sein, die gewünschten Schiffe zu bewilligen, dem Volk neue schwere Steuerlasten aufzuerlegen und die verhängende Politik der kriegerischen Maßnahmen weiter zu fördern.

### Politische Uebersicht.

Berlin, 7. Dezember.

**Aus dem Reichstage.** Daß wir es heute mit einem sogenannten „großen Tag“ zu thun hatten, zeigte schon ein Blick auf die Tribünen und Bundesrathsplätze. Die Diplomaten- und Postlogen waren bis zum letzten Plahz besetzt und ebenso drängten sich auf den Bundesrathsbänken die Vertreter der diversen Bundesstaaten. Besonders zahlreich waren natürlich die Herren von der Marine, unter Führung ihres neuen Chefs, vertreten. Die neuernannten Reichs-Staatssekretäre waren sämtlich anwesend, ebenso der Herr Reichskanzler und Staatsminister Dr. v. Miquel.

Eröffnet wurden die Verhandlungen durch eine Verlesung des Herrn Reichskanzlers. Dieselbe war genau so nichts-sagend, wie alle ähnlichen bisherigen Anlässungen des Fürsten Hohenlohe. Der Reichstag macht sich um das Vaterland verdient, wenn er die Vorlage unbesehen bewilligt, das war der kurze Vorlesung kurze Sinn.

Außer dem Kanzler ergriffen im Laufe der Verhandlung noch die neuen Minister der Marine, der Reichsfinanzamts und der auswärtigen Angelegenheiten das Wort. Als gewandter Redner benährte sich dabei nur Herr v. Bülow, der es verstand, das ganze Register des nationalen Tautam anzuziehen, sich dabei aber sehr hütete, etwas anderes als populär klingende Redensarten zum besten zu geben. Herr von Bülow berührte auch die Konflikte mit Haiti und China, wobei er von der „schonenden Art und Weise“ sprach, mit der unsere Regierung die deutschen Interessen diesen Ländern gegenüber gewahrt habe. Das Haus war dankbar genug, diesen „Witz“ mit Heiterkeit zu belohnen.

Von den Abgeordneten sprachen heute unser Genosse Schoenlant, Graf v. Limburg-Stirum, Dr. Barth, der Pole Jazdzewski.

Mit Schoenlant fand die Opposition gegen die ulerlosen Flottenpläne, die Weltmachtpolitik, das persönliche Regiment einen bereiten Vertreter. Unser Genosse wies zunächst auf die Widersprüche hin, in denen sich gerade die Regierungen in der Beurteilung des Wertes der Kriegsflotte und ihrer Ausgestaltung bisher bewegt haben. Der Redner ging dann auf die finanzielle Seite der Vorlage ein und führte er die gewaltigen Summen auf, welche für Flottenzwecke schon ausgegeben worden sind und in Zukunft ausgegeben werden sollen. Zwar verspreche die Regierung heute, daß die neuen Ausgaben ohne Erhöhung der Steuern durchgeführt werden sollen, aber Ministerversprechungen seien seit den Erfahrungen mit den Hohenlohe'schen Zusagen bezüglich des Vereinsgesetzes sehr im Kurse gesunken. Wessen wir uns bezüglich der Weltmachtpolitik zu versehen haben, das zeigen die Konflikte in China und Haiti: das persönliche Regiment dränge sich immer mehr auf; sollte dasselbe zur vollen Geltung kommen, dann sei es mit dem Budgetrecht und der parlamentarischen Kontrolle überhaupt vorbei. Dieser Gefahr heiße es vorbeugen und die beste Abwehr sei: strikte Ablehnung der Vorlage.

Graf Limburg-Stirum ist natürlich für die Vorlage, kann aber doch nicht verschweigen, daß ein Teil seiner Freunde gegen das Marineseptennat schwere Bedenken habe.

An den bei diesen Herrn gewohnten Bismarck-Verhimmelungen fehlte es natürlich auch heute nicht.

Eine recht mark- und kraftlose Rede hielt der Führer der Freisinnigen Vereinigung Dr. Barth. Neben einigen Lob-gefangen auf den Freihandel und der Abweisung des Septennats als zur Zeit unpraktisch, fragte der Redner nur: ob es nicht auch mit etwas weniger Panzern und Kreuzern gehe?

Nachdem der Pole Dr. Jazdzewski sich gegen Form und Umfang der Vorlage erklärt und dabei den Beschwerden seiner Landsleute Ausdruck gegeben hatte, wurden die Verhandlungen, über welche wir wegen ihrer Bedeutsamkeit auch an leitender Stelle ausführlicher gesprochen haben, auf morgen Mittag 1 Uhr vertagt.

Als erster soll morgen Eugen Richter die Debatte eröffnen.

**Der Kaiser und der englische Maschinenbauarbeiter-Ausstand.** Bei dem Empfange des Reichstags-Präsidiums, wovon wir im Leitartikel berichteten, ist der Kaiser nicht nur auf das Flottengesetz, sondern auch auf einige andere politische Fragen zu sprechen gekommen, u. a. auch auf den Ausstand der englischen Maschinenbauer. Der Kaiser hat sich, wie uns mitgeteilt wird, mit einer gewissen Bewunderung und Befriedigung zugleich darüber ausgesprochen, daß dieser große Ausstand so völlig frei von allen Ausschreitungen vor sich gehe.

Da haben wir nur den Wunsch auszudrücken, daß sich die Regierung bei der Wiederkehr eines Ausstandes in Deutschland anders, als sie gegenüber dem Hamburger Hafenarbeiterstreik gethan, verhalten möge. Der englische Streik geht trotz der Festigkeit des Konfliktes, trotz der Schärfe der Gegensätze und der Größe der auf dem Spiele stehenden Interessen hauptsächlich deshalb in durchaus gesetlichen Formen vor sich, weil die Regierung die Rechte der Arbeiter achtet und deren Gleichberechtigung mit dem Unternehmertum gelten läßt. In Deutschland werden die Arbeiter durch tausend geschäftige Maßregeln gereizt, so daß es nur ein Wunder ist, wenn auch hier diese Kämpfe einen noch so verhältnismäßig überaus ruhigen Verlauf haben.

**Das italienische Kabinet** hat sich mit dem Kriegsminister solidarisch erklärt und seine Demission eingereicht. Der Chef des Kabinetts Rudini sah ein, daß die dem Kabinet zur Verfügung stehende Mehrheit unzuverlässig und ungenügend zur sicheren Durchführung der Staatsgeschäfte sei, deshalb benutzte er den kleinen Unfall des Kriegsministers, um ein neues Kabinet zu bilden, wodurch er in die Lage kommt, einige Ministerpostenilles anderweitig zu vergeben und so einige kleine Parteigruppen an sich zu fesseln und es so seinem Kabinet mehr Rückhalt im Parlament zu schaffen.

So lange über die neue Zusammensetzung des künftigen Kabinetts Rudini nichts bekannt ist, muß die Würdigung dieses Ministerwechsels verschoben werden.

### Deutsches Reich.

— Der allerneneue Kurs im auswärtigen Amte zeigt sich auch in der Verlegung des ersten Hilfsarbeiters des Herrn von Marschall, des Unterstaatssekretärs, Freiherrn von Rothenhan auf den Berner Gesundheitsposten. Unser bisheriger Gesandter in Bern, Graf Lattenbach, der früher beim Sultan von Marokko be-glaubigt war und für einen Kenner der nordafrikanischen Verhältnisse und einen energischen Mann gehalten wird, soll wohl mit Rücksicht auf das zunehmende Seeräuberverwesen der berichtigten Riffpiraten dem Schauplatz dieser Thaten näher gebracht werden. Er geht als Vertreter des deutschen Reichs nach Libanon. Der bisherige Gesandte in Portugal, Maschbau, ist in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden.

Zum Nachfolger des Freiherrn von Rothenhan, als Unterstaatssekretär im auswärtigen Amte, ist der bisherige Direktor der Kolonialabteilung, Freiherr v. Nichte, bis auf Weiteres unter Weidhalt der Leitung der Geschäfte der Kolonialabteilung ernannt worden. Wahrscheinlich dürfte erst nach Erledigung des Kolonial-etats im Reichstage ein neuer Direktor für das Kolonialamt bestimmt werden. Für diese Stelle soll, einer unkontrollierten Blättermeldung zufolge, General v. Scheele, der einige Jahre Gouverneur von Deutsch-Ostafrika war, in Aussicht genommen sein.

— Eine längere Darlegung zum Flottengesetz veröffentlicht heut die „Berl. Korresp.“, in der nochmals aufs eifrigste für das Septennat eingetreten wird. Dieses sei nicht eine bloße Formsache, sondern „ein Prinzip, von dem nicht abgegangen werden darf.“

Die Regierung ist, wie man sieht, sehr bemüht, ihr Septennat in Sicherheit zu bringen. Aber alle Versicherungen von der Darnlosigkeit desselben werden hoffentlich den Reichstag nicht zur Aufgabe seiner elementarsten Rechte veranlassen.

— Daß unseren Unteroffizieren von Staatswegen ein ordentliches Handwerk garantiert werden solle, darüber liefen bereits vor einigen Wochen allerlei unbestimmte Nachrichten durch die Blätter. Der Reichsetat giebt haribler näheren Ausschluß. Danach hat sich bei den Unteroffizierschülern und Unteroffizier-Vorschülern eine Schachthastigkeit der Zähne, zum Teil in so erheblichem Umfang bemerkbar gemacht, daß dadurch bereits die Deutlichkeit der Sprache sichtlich beeinträchtigt war. Genauere Untersuchungen haben ergeben, daß bei vielen Zöglingen schon erhebliche, nicht verbesserungs-sfähige Schäden an einzelnen Zähnen vorliegen, bei der Mehrzahl der Schüler aber sich Mängel vorfinden, welche einer erhaltenen Zahnpflege noch zugänglich sind. Die Nothwendigkeit einer derartigen, mit den späteren Dienstjahren zunehmenden mangelhaften Beschaffenheit der Zähne für den zukünftigen Unteroffizier legen auf der Hand. Vielen derselben wird vorgebeugt werden können, wenn die Zöglinge alljährlich regelmäßig unter Herausziehung von Zahnärzten auf den Zustand ihrer Zähne unter-sucht und einer erhaltenden Zahnpflege, einschließlich der



an Ausgaben 498 240 570 Gulden, an Einnahmen 498 816 291 Gulden, erreicht somit einen Ueberschuß von 75 721 Gulden gegen einen solchen von 62 685 Gulden im Vorjahre.

Im Erpöze stellte der Finanzminister fest, die Ergebnisse des Staatshaushaltes für 1898 seien den Schlussrechnungen zufolge um 25 276 000 günstiger als der Vorschlag, aber man müsse gefast sein, daß im nächsten Jahre einzelne Einnahmeposten eine beträchtliche Abnahme erfahren. Nachdem der Minister die Hauptposten des Budgets und die Abweichungen gegen die Vorjahre beleuchtet hatte, erklärte er, sich weder über die Quote noch über jene Auslagenstellen äußern zu wollen, welche mit Oesterreich in gemeinsamer Uebereinstimmung zu behandeln seien, da er in dieser Beziehung bereits am 8. September Aufklärungen gegeben habe.

**Budapest, 6. Dezember.** Seitens des Ministerpräsidenten Baron Banffy wurde dem Abgeordnetenhaus eine Spezialgesetzvorlage vorgelegt, welche die selbständige Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich betrifft.

### Schweiz.

**Bern, 6. Dezember.** Der Bundesrath Sachenal reichte bei dem Bundespräsidenten ein Demissionsgesuch ein. Die Bundesversammlung wird voraussichtlich den Nationalrath Comtesse von Neuenburg zum Nachfolger wählen.

**Bern, 5. Dezember.** (Eig. Bericht.) Nach dem eidgenössischen Budget für 1898 wird das Personal der Fabrikinspektion um einen weiteren Adjunkten vermehrt, so daß es dann aus 8 Inspektoren, 6 Adjunkten und 1 Kanzlisten, zusammen 10 Personen besteht. Der verlangte Kredit beträgt mit 70 100 Fr. um 3176 Fr. mehr, als für das Jahr 1898 angegeben wurden. Die schweizerische Fabrikinspektion zeichnet sich besonders dadurch aus, daß sie ihre Revisionen und Berichterstattung sehr gewissenhaft besorgt und alljährlich einige Hundert Revisionen mehr ausführt, als revisionspflichtige Betriebe vorhanden sind.

**Zürich, 5. Dezember.** (Eig. Ber.) In Zürich fand eine Versammlung von Delegirten der schweizerischen Stadtverwaltungen statt, die sich in der Hauptsache mit den dem Straßenbahnbau entsprechenden Schwierigkeiten und mit den Umständen in der Schweiz beschäftigte. Bezüglich der ersten Angelegenheit handelte es sich hauptsächlich darum, in dem in Aussicht stehenden Gesetz, betreffend die Nebenbahnen, den Straßenbahnen eine günstigere Stellung anzuweisen, als sie gegenwärtig genießen, wo z. B. die projektierte Straßenbahn von Schwyz nach Brunnau nicht gebaut werden kann, weil die Gotthardbahn keine Kreuzung ihrer Linien zuläßt. Bezüglich der Ausländer wurde natürlich zuerst deren große Zahl, 229 000, konstatiert. Da sie auch die verschiedenen, in der Schweiz bestehenden Uebersiedlungsstellen mitziehen, belaufen sie die Stadtverwaltungen (die Ausländer in der Schweiz bezahlen aber doch auch Steuern, D. Red.), aber nach den Niederlassungsverträgen könne man daran nichts ändern. Einzig komme die Fremdenpolizei in Betracht, deren Handhabung eine strenge sein sollte gegenüber den schlimmen Elementen der ausländischen Bevölkerung. In der Diskussion wurde das Mißverhältnis zwischen der Schweiz und Deutschland betont, indem in ersterem Lande 150 000 Deutsche wohnen, in Deutschland aber nur 40 000 Schweizer. Beim Abschluß von Niederlassungsverträgen sollten die Behörden darauf Rücksicht nehmen. — In Lausanne haben die Sozialdemokraten auf die 100 Stadtverordneten und 15 Erfahrmänner 89 resp. 6, Radikale 81 und 4, Konservative 24 und 4, und Progressiven 6 und 1 erhalten. In Vevey erhielten unsere Genossen 44 Vertreter, und ähnliche Erfolge ergaben sich in anderen Orten.

**Lausanne, 5. Dezember.** Zur „Wiederbelebung der Moral“ ist dem Waadtländischen Großen Rath von der kantonalen gemeinnützigen Gesellschaft eine Petition eingereicht worden, welche die Nachforschung nach der Vaterschaft gestattet. Eine weitere Petition der Ledentöchter in Lausanne verlangt abends 8 Uhr Schluß der Geschäfte und Festsetzung einer Maximal-Arbeitszeit für sie. Die betreffende Kommission schlägt nun vor, alle Läden an Sonntagen zu schließen und entsprechend dem Verlangen der Ledentöchter eine Maximal-Arbeitszeit festzusetzen.

### Frankreich.

**Paris, 5. Dezember.** (Eig. Bericht.) Die Reform der städtischen Oltrois (Eingangssteuer) auf hygienische Getränke ist in der Kammer — in wesentlichen auf Grundlage des am vorigen Freitag beschlossenen Gegenentwurfes — angenommen worden. Neben die Ermächtigung der Gemeinden zur gänzlichen Abschaffung der Oltrois tritt die Verpflichtung zur Herabsetzung derselben auf ein gesetzlich bestimmtes Maximum, welches mit der Bevölkerungszahl steigt. Im Durchschnitt wird die obligatorische Herabsetzung etwa 1/3 des bisherigen Steuerertrages ausmachen. Die Stadt Paris, welche mehr als die Hälfte des ganzen Ertrages einnimmt, 70 Millionen von den 180 Millionen Frankreichs, wird wohl ihre Oltrois total abschaffen. Das wird der Hauptstadt, wie den größeren Provinzialstädten, dadurch erleichtert, daß der Kammer-Entwurf, im Gegensatz zur senatorischen Scheinreform, den Gemeinden theilhaftig die Entscheidung über die zu wählenden Erfahrmänner anbeinhaltet. Die im zentralistischen Frankreich unermessliche Genehmigung durch den Präfekten bezw. das Bestätigungsbrecht des Parlaments, je nach der Art der Erfahrmänner, ändert daran nichts. Besonders werthvoll für die großen Städte ist die Möglichkeit, die Oltrois durch direkte Steuern zu ersetzen, die nur dem Namen nach, um das alte Prinzip des bourgeoisen Steuersystems zu wahren, proportional sein sollen. Denn in Wirklichkeit dürfen die Gemeinden die direkten Erfahrmänner in der Weise progressiv gestalten, daß die ärmere Bevölkerung steuerfrei bleibt und die Steuerlast nach einer „degressiven“ herabsteigenden Scala festgelegt werden. — Alles in allem ist der neue Kammer-Entwurf eine Wiederherstellung der vor drei Jahren von der Kammer vertretenen Reform. Es bleibt daher abzuwarten, ob der Senat seinen reformfeindlichen Standpunkt aufgeben wird.

— Ueber die Verhandlungen der Kammer in der Dreyfus-Affäre am Sonnabend berichteten wir unter Depeschen in unserer vorigen Nummer. Nachzutragen sind noch die Abstimmlungen nach Schluß der Diskussion:

Es wurden sieben Tagesordnungen eingebracht, von denen Meline diejenige des Deputirten Lavertujon annimmt. Dieselbe lautet folgendermaßen: Die Kammer, welche die Autorität der res judicata (abgeurtheilte Sache) achtet und sich der Guldigung anschließt, die der Kriegsminister der Armeo erwiesen hat, geht zur Tagesordnung über. Der erste Theil der Tagesordnung wird mit 490 gegen 18, der zweite mit 528 gegen 18 Stimmen angenommen. Der Deputirte Humbert beantragt, in die Tagesordnung Lavertujon die Worte aufzunehmen, daß die Kammer die Erklärungen Villot's billige. Dieser Zusatz wird mit 325 gegen 153 Stimmen genehmigt. Der Deputirte Richard beantragt, der Tagesordnung noch die Worte hinzuzufügen, daß die Kammer die Führer der widerwärtigen Kampagne brandmarke. Dieser Antrag wurde mit 154 gegen 77 Stimmen angenommen, und schließlich die gesammte Tagesordnung in ihrer nunmehrigen Gestalt mit 818 gegen 65 Stimmen. Die Sitzung wurde sodann geschlossen.

Die Sonntagsblätter besprechen die gestrige Erklärung des Kriegsministers Villot und sagen, dieselbe habe eine wahre Erleichterung des öffentlichen Gewissens herbeigeführt; die Ehre des Herces ist unberührt da und sei erhoben über jeder Diskussion. Vom heutigen Tage wird berichtet: Dem „Canis“ zufolge werde Schurer dem Senat die Gründe seines Schweigens auseinandersetzen. Er werde mittheilen, daß Meline und Villot sich weigerten, sein Altematerial entgegenzunehmen, und schließlich darlegen, weshalb er den vorgeschriebenen Rechtsweg nicht betrat und dem Justizminister die Frage der Prozeßrevision nicht unterbreitete. Falls die Tagesordnung einen Tadel für Schurer enthalte, werde dieser seine Vizepräsidentenschaft niederlegen.

— Duell zwischen Millerand und Reinach. Vor Schluß der Sitzung der Deputirtenkammer am Sonnabend kam es

zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Josef Reinach und Millerand, infolge deren Reinach Millerand seine Zungen sandte.

Das Duell hat Sonntag Vormittag bei Chatillon stattgefunden. Es fand zweimaliger Kugelwechsel statt; das Duell verlief unblutig.

### Italien.

**Rom, 4. Dezember.** Die Deputirtenkammer genehmigte heute das provisorische Handelsabkommen zwischen Italien und Bulgarien.

### Spanien.

**Havana, 6. Dezember.** Oberst Lovar hat nach einem Kampfe die Stadt Guisa von den Kuffhändischen zurückerobert. In dieser Meldung ist zu bemerken, daß die Nachricht von der Eroberung der Stadt Guisa durch die Insurgenten aus Madrid sofort amtlich dementirt wurde. Man stellt sie sich doch als richtig heraus.

### Rußland.

— In einer übermächtigen Stellung in den ostasiatischen Gewässern sucht Rußland zu gelangen. Der „Standord“ meldet aus New-York, Rußland mache in San Francisco große Waffen- und Munitionseinkäufe. Reisende aus Vladivostok erzählen, es herrsche in der dortigen Garnison eine rührige Thätigkeit.

### Rumänien.

**Bukarest, 5. Dezember.** In den rumänischen Dörfern Adola, Solino und Smice in Epirus ist ein Aufstand gegen die Griechen ausgebrochen. Es haben bereits Kämpfe stattgefunden, bei welchen es auf beiden Seiten viele Tode gab. Die Rumänen werden von den Türken unterstützt.

Rumänien zählt bei einer Gesamtbevölkerung von circa 6 1/2 Millionen Einwohnern bloß 15 000 Griechen.

**Bukarest, 6. Dezember.** Israelitische junge Leute, die ihrer Militärflicht bereits genügt, hatten am 28. v. M. in einer fürmlich verlaufenen öffentlichen Versammlung gegen den angekündigten, die Militärflicht der Fremden stipulirenden Bescheid protestirt. Rumänische Studenten legten in einer getrennt abgehaltenen Versammlung gegen die Einmischung von nichtnaturalisirten Juden in Landesangelegenheiten ein. Die anwesende Menge veranlaßte nach der Versammlung auf das Gerücht von der Ermordung eines Rumänen durch Juden Erzfesse, gegen welche die Polizei einschreiten mußte. Es wurden gegen 100 Verhaftungen vorgenommen.

### Türkei.

**Konstantinopel, 6. Dezember.** Der griechisch-türkische Friedensvertrag fand gestern die Genehmigung des Ministerrathes und wurde von diesem dem Sultan zur Ratifikation unterbreitet. Die Unterzeichnung des Friedens ist allen Willkäufigkeiten.

In der letzten Konferenz der Vorkämpfer wurden die Verhandlungen, betreffend die Gouverneur-Kandidatur für Kreta, mit der montenegrinischen Regierung fortgesetzt.

## Parlamentarisches.

Die Abtheilungen des Reichstages haben sich konstituirte. Zu Vorsitzenden, bezw. Stellvertretern desselben sind gewählt worden in der ersten Abtheilung Abg. v. Benningh (nall.) bezw. Günther (nall.), in der zweiten Abtheilung Graf Kanitz bezw. v. Standy (beide konservativ), in der dritten Abtheilung Graf Hompsch bezw. Dr. Hüntel (beide Zentrum), in der vierten Abtheilung Frhr. v. Stumm-Halberg (Reichsp.) bezw. Träger (fr. Volksp.), in der fünften Abtheilung Ricker (fr. Vg.) bezw. Singer (Soz.), in der sechsten Abtheilung Dr. Lieber (Z.) bezw. v. Giarlini (Pole), in der siebenten Abtheilung Kuxer (Soz.) bezw. Dr. Hammacher (nall.).

## Partei-Nachrichten.

### An die weiblichen Angehörigen der Sozialdemokratie.

Die Reaktion hat sich in Sachsen zu einem neuen Attentat gegen die Volkrechte angeschickt, zu einem Attentat, das unter anderem auch die Rechte der Frauen schwer bedroht. Die konservativ-Majorität des sächsischen Landtages beantragt ein kleines Sozialistengesetz unter der Form des Ausschusses der Minderjährigen und Frauen von sozialdemokratischen und anarchischen Versammlungen. Die Väter des Antrages betonen, daß dieser nicht etwa das Fernhalten der Frauen vom politischen Leben überhaupt bezwecke, sondern lediglich gegen die Theilnahme der Frauen an der klassenbewußten Arbeiterbewegung gerichtet sei. Der Antrag soll also ein weiteres Klassenrecht schärfster Art schaffen. Die Damen der besitzenden Welt sollen auch künftig alle Freiheiten haben, um im Interesse der Klassenpolitik des Erfolgs an hurratriotischen Veranstaltungen theilzunehmen und für uferlose Plottenpläne zu agitiren; den Frauen des werthvollen Volkes dagegen soll es verwehrt sein, sich über ihre Interessen und die ihrer Klasse zu beschleunigen, sich zu organisiren, sich zu verteidigen gegen die von allen Seiten auf sie eindringende Unbill. Die Reaktion will die Proletarin als eine bedröselte, Ohnmächtige dem Kapital zur Ausbeutung und Unterdrückung ausliefern. Und damit nicht sie allein, auch ihr Kind, ihren Gatten, ihren Vater, ihren Bruder, denn die ausgenutzte und unorganisirte Proletarin ist ein schweres Hinderniß im Kampfe des Arbeiters für Brot und Freiheit, die wissende und organisirte dagegen seine werthvollste Stütze im Streit; die Reaktion fürchtet die zielbare proletarische Frau, daher ihr Verhinderung und Unterdrückung ausliefern. Und damit nicht sie allein, auch ihr Kind, ihren Gatten, ihren Vater, ihren Bruder, denn die ausgenutzte und unorganisirte Proletarin ist ein schweres Hinderniß im Kampfe des Arbeiters für Brot und Freiheit, die wissende und organisirte dagegen seine werthvollste Stütze im Streit; die Reaktion fürchtet die zielbare proletarische Frau, daher ihr Verhinderung und Unterdrückung ausliefern.

Genossinnen! Es ist eure heilige Pflicht, dafür zu wirken, daß überall die proletarische Frauenwelt Sachens energischen Protest gegen das Vorgehen der Konservativen erhebt. Sorgt dafür, daß die Frauen die Versammlungen füllen, wo die Arbeiterklasse Stellung zu dem Attentat auf ihr Recht, auf euer Recht nimmt. Sorgt dafür, daß in all diesen Versammlungen auch die Stimme der Frauen des arbeitenden Volkes vernnehmlich erschalle. Sorgt dafür, daß dort, wo es möglich ist, im Einverständnis mit den Genossen große öffentliche Protest-Versammlungen der Frauen organisiert werden. Nutzt jedes Euch zu Gebote stehende Mittel aus, um eure Interessen zu wahren, um euren Willen kundzutun. Beweist, daß in der proletarischen Frauenwelt Recht und Pflichtbewußtsein lebendig sind. Seid eingedenk, daß es gilt, mit euren eigenen Händen euer Brot zu verdienen, euren Willen durch Freiheit die Bahn offen zu halten. Erinnert Euch, daß euer Recht auf dem Gebiete des Vereins-Versammlungsrechts in Sachsen durch Polizeiallmacht und Justizwillkür jederzeit nach dem Muster russischer Verhältnisse vernichtet werden kann. Beantworte deshalb die Parole der Reaktion: „Einschränkung der Volkrechte!“ mit eurer Forderung: „Erweiterung der Volkrechte, Erweiterung der Frauenrechte!“

Ihr Frauen und Mädchen all, die Ihr mit schmerzlicher Mühsal dem Unternehmertum frohnet. Ihr Gattinnen und Mütter, die Ihr am ärmlichen Herde unter bitteren Sorgen schaltet und waltet, heranz alle, die Ihr zwischen Entzerten und Geknechteten, zum Protest heraus, zur Kundgebung eures Willens!

Die Redaktion der „Gleichheit“: Frau Lara Zettin.  
Die Vertrauensperson: Frau Wengels.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.  
Der oberheinische Provinzial-Parteitag, der am 12. Dezember abgehalten werden sollte, tritt unvorhergesehenen Umständen halber erst am 9. Januar nächsten Jahres in Neuwied zusammen.

Der Sozialdemokratische Verein in Köln hat das Stadtverordneten-Kollegium ersucht, zu beschließen: „Allen Kindern, die die Kölner Volksschulen besuchen, werden vom 1. April 1898 ab sämtliche zum Unterricht benötigten Lehrmittel (Bücher, Schreibhefte u. s. w.) von der Stadt unentgeltlich geliefert. Die hierfür erforderlichen Mittel sind in den Etat der Stadt Köln einzustellen.“

Zur Begründung wird u. a. ausgeführt: Der Antrag ist die natürliche Konsequenz des obligatorischen Schulbesuchs. Die Zustände, die infolge der Verpflichtung der Eltern zur Aufbringung der von ihren Kindern benötigten Lehrmittel geschaffen werden, sind für Kinder, Lehrer und Eltern gleich nachtheilig. Minderbemittelte Eltern sind oft nicht in der Lage, dem Kinde die Lehrmittel sofort beschaffen zu können; das Kind bleibt infolge dessen im Unterricht zurück. Die bisherige Einrichtung der Lieferung von Lehrmitteln an die Kinder Unbemittelter seitens der Stadt ist schon um deswillen völlig ungenügend und ungewinnlich, weil sie, als Almosen gereicht und empfangen, geeignet ist, das Selbstgefühl der Eltern sowohl wie auch das der Kinder bedenklich abzustumpfen; zudem werden von ihr alle die Fälle ausgeschlossen, am nächsten Lohn- oder Gehaltstage behobener Mittellosigkeit garnicht berührt. Bessere Fälle sind aber unstrittig die häufigsten.

Durch Einführung der unentgeltlichen Lieferung der Lehrmittel würden der Stadt Köln, nach Berechnungen von Fachmännern, jährlich ungefähr 260 000 M. Kosten entstehen, welche Summe sich aber durch Uebernahme der Lehrmittel in Selbstverlag der Stadt beträchtlich herabmindern ließe.

Zu gunsten des Antrages wird der Sozialdemokratische Verein diese Woche ein Flugblatt verbreiten.

**Von der Agitation.** In einem entlegenen Winkel des Wahlkreises Lauban-Görlitz, in Schoksdorf bei Greifenberg, gelang es den örtlichen Parteigenossen, an einem der letzten Sonntage eine Versammlung abzuhalten, die trotz des schlechten Wetters von der Bevölkerung der benachbarten Ortschaften stark besucht war. Das Referat Kellers aus Görlitz, der über die politische Lage und die nächsten Reichstagswahlen sprach, wurde mit lebhaftem Interesse aufgenommen und der Beifall, den der Redner fand, zeigte, daß auch in jener Gegend das arbeitende Volk den sozialistischen Ideen Verständnis entgegenzubringen beginnt.

### Politisches, Gerichtliches etc.

— Dem Redakteur der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiterzeitung“ in Dortmund, Reichstags-Abgeordneter Dr. Pätzgenau, der wegen Majestätsbeleidigung eine dreimonatige Freiheitsstrafe verbüßt, wird im Gefängnis zu Herford die Selbstbeschäftigung verweigert. Welche Arbeit ihm jetzt angewiesen ist, weiß das genannte Blatt nicht; bekannt ist nur soviel, daß Pätzgenau in den ersten Tagen nach dem Strafantritt mit Bureauarbeiten beschäftigt wurde. Lesen darf er bloß die „Dortmunder Jtg.“. Einem Manne, der stets nur geistige Arbeit verrichtet hat und der lediglich wegen politischen Vergehens verurtheilt ist, verweigert man die literarische Selbstbeschäftigung! — Pätzgenau ist Sozialdemokrat, das erklärt die Sache.

— Das Bezirksamt in Weinheim in Baden verlangt vom Vorstand des dortigen Sozialdemokratischen Vereins die Einreichung eines Verzeichnisses der Vorstandsmitglieder und sämtlicher Vereinsmitglieder, worin angegeben sind: Vor- und Zuname, Beruf, Wohnort, bei den Vorstandsmitgliedern auch die Staatsangehörigkeit und bei den minderjährigen Mitgliedern das Lebensalter. Gegen das Ansuchen des Bezirksamts wird der Verein den Rechtsweg durch alle Instanzen beschreiten.

— Das Landgericht in Hof verurtheilte den Parteigenossen T a u b o l d von dort wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft zu 2 Monaten 15 Tagen Gefängnis.

## Der Kampf der englischen Maschinenbauer.

Die siebenstägigen Verhandlungen zwischen den Delegirten des Unternehmerverbandes und denen der Gewerkschaften sind am Freitag abgebrochen worden. Die Konferenz ist formell zwar nur bis nächsten Dienstag vertagt worden, in Wirklichkeit kommt die Vertagung einem gänzlichen Abbruch der Verhandlungen gleich. Die Unternehmer, daran kann kein Zweifel sein, betrachten sich als Sieger und geben ihrer Forderung auf Freiheit in der Betriebsleitung die weiteste Deutung. Sie wollen das Recht haben, nach ihrer Wahl Arbeits-Löhnung an die Stelle von Zeitlöhnen zu setzen, sie verlangen freie Hand in der Besetzung der Maschinen und fordern von der Gewerkschaft die Zusage, daß sie ihre Mitglieder anweist, kollektional neben Nicht-Gewerkschaftlern zu arbeiten. Aber sie weigern sich, irgend eine der Gegenbürgschaften zu leisten, welche die Gewerkschaften fordern. So haben sie es abgelehnt, sich zu verpflichten, keine Bevorzugung von Nichtgewerkschaftlern vor Gewerkschaftlern einzutreten zu lassen. Als Gegenforderung gegen die Einführung von Stücklöhnen fordern die Gewerkschaften: Beseitigung des Systems der Zwischenmeister, Bezahlung aller Arbeiter direkt durch die Firma; Berechnung jedes Antrages für sich, beziehungsweise Einstellung des Systems, wonach Kostbeträge des einen Auftrages als Sollposten auf den nächsten übertragen werden. Außerdem soll bei Festsetzung von Stücklöhnen die normale Lohnrate des betreffenden Distrikts zu Grunde gelegt werden. Auf keinen dieser Punkte haben die Prinzipale eine Zusage machen wollen.

Die Verkürzung der Arbeitszeit auf 48 Stunden pro Woche lehnen die Unternehmer ebenfalls ab. Dagegen wollen sie in bezug auf die Ueberzeitarbeit die volle Freiheit haben und Ueberstunden machen lassen, soviel ihnen beliebt und der einzelne Arbeiter zu machen gewillt ist.

Weiter soll der Unternehmer keinerlei Beschränkung unterworfen sein in der Zahl der Belegten, die er anzunehmen gedenkt. Ebenfalls soll er gebildet sein, bestimmte Arbeiten durch bestimmte Gruppen von Arbeitern ausführen zu lassen.

Aus dem „Gesamtsprogramm“ der Unternehmer geht soviel mit voller Deutlichkeit hervor, daß sie nur noch mit dem einzelnen Arbeiter zu thun haben wollen. Sie wollen die Gewerkschaften bei Leibe nicht „zerschmettern“, sie sollen weiter bestehen und jeder Arbeiter mag Mitglied einer solchen sein — aber zu sagen haben sie nichts. Alles, was man in England bisher als die berechtigtesten Funktionen der Trades-Unions betrachtete, soll nicht mehr statthaben. Diese Beschränkungen ihrer Aufgaben erklären die Gewerkschaftsvertreter für unannehmbar.

Die Verkürzung der Arbeitszeit lehnen die Fabrikanten unter der Motivierung ab, daß jede Herabsetzung derselben, auch wenn sie verbunden ist mit einer Herabsetzung der Löhne, eine große Schädigung der Unternehmer bedeute, so lange, als sie nicht mit großer Strenge und Härte die Arbeiter zur Thätigkeit antreiben. Außerdem verweisen sie auf die immer tühner auftretende Konkurrenz des Auslands, namentlich Deutschlands und Amerikas.

Die Arbeitervertreter werden nun, da es ihnen unmöglich war, auch nur die geringsten Zugeständnisse von den Unternehmern zu erlangen, die Bedingungen derselben den Gewerkschaftsmitgliedern zur Abstimmung unterbreiten. In einem Manifest, welches die 14 Arbeitervertreter sofort nach Schluß der Verhandlungen an die Mitglieder der in Betracht kommenden Gewerkschaften erlassen haben, sehen sie von ihren einzeln angenommenen Standpunkten ab. Sie erklären dort, daß es schon an dem Freitage der vorhergehenden Woche beinahe zum Bruch gekommen wäre. Damals hatten die Unternehmer den bekannten Grundfals aufgestellt, daß sie die volle Freiheit haben müßten in bezug auf die Arbeitsbedingungen, die sie ihren Betrieben einzuführen beabsichtigten. Die Arbeiterdelegirten nahmen diese allgemein gehaltene Resolution unter Vorbehalt an, drangen aber auf nähere Erläuterungen. Diese wurden dann an den nächsten Sitzungstagen von den Unternehmern auch in der oben bezeichneten Weise gegeben; diese anzunehmen, glaubten die Delegirten allein nicht verantworten zu können.

In dem Manifest heißt es dann weiter: „Wir unterbreiten Euch die Bedingungen der Unternehmer, nicht, um Euch zu raten, sie anzunehmen, sondern um Euch, deren vitalste Interessen dabei berührt sind, Gelegenheit zu geben, selbst zu entscheiden. Es wird Euch sofort auffallen, daß nach den Vorschlägen der Unternehmer auch in den Punkten, in welchen das gewerkschaftliche Prinzip scheinbar anerkannt wird, dieses doch wieder aufgehoben wird durch

die Möglichkeit des Unternehmers, mit jedem Arbeiter Einzelabmachungen abzuschließen. — Die Abstimmung muß bis zum 13. d. M. beendet sein.

Die Lage der Dinge ist, wie zu ersehen, eine sehr ernste. Unter den Arbeitern herrscht eine große Erbitterung. Sie sind der Meinung, daß die Unternehmer mit Absicht Bedingungen stellen, von denen sie im voraus wußten, daß sie von der anderen Seite nicht angenommen werden konnten, um ihr dann die Verantwortung für den Abbruch der Verhandlungen anhaften zu lassen.

Die von den Unternehmern gestellten Bedingungen, — so äußerte sich Barneß zu einem Vertreter der Zeitung „The Sun“ — sind für uns geradezu entwürdigend und meiner Uebersetzung nach werden unsere Mitglieder sie nicht annehmen.

Die Ansichten auf einen baldigen Friedensschluß sind demnach gleich Null. Die Vertrauensmänner der Arbeiter haben alles gethan, um den Frieden herbeizuführen; die Unternehmer wollen ihn nicht, sie wollen die vollständige Unterwerfung, sie wollen die Gewerkschaften nicht zerschmettern, aber gänzlich lähmen. Unsere deutschen Arbeiter werden daraus ihre Lehren ziehen, sie werden auch alles ausbieten, ihre englischen Arbeitsbrüder nicht untergehen zu lassen.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgebung.

**Achtung, Stellmacher!** In der Werkstatt von Kohlhardt, Chausseestr. 110, haben sämtliche Kollegen bis auf einen die Arbeit niedergelegt, weil die Arbeitszeit verlängert werden sollte. Wir ersuchen die Kollegen, den Zugang fernzuhalten. Die Kommission.

**Achtung, Mitglieder der Orts-Krankenkasse der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufe.** Heute, Dienstag, den 7. Dezember, abends 9 Uhr, finden im „Neuen Klubhaus“, Romanbantenstr. 72, die Vertreterwahlen der Kassennmitglieder für das Jahr 1898 statt. Das Krankenkassenbuch dient als Legitimation. Wahlberechtigt sind alle Mitglieder der Orts-Krankenkasse, die über 21 Jahre alt sind. Pflicht aller wahlberechtigten Mitglieder ist es, pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen. J. M.: Frau Reimann.

### Deutsches Reich.

**Der Boykott** über die Brauerei Fr. Bülh. Hollmann, Barmen, ist aufgehoben, da ein Ausgleich der Differenzen stattgefunden hat.

**In Magdeburg** haben auf einem Bau die Innengeräte die Arbeit eingestellt, weil ihnen überaus schlechtes Material geliefert wurde. Auf dem Schulbau in Buckau streiken 36 Bauarbeiter wegen Lohn Differenzen.

**Das Münchener Gewerkschaftsblatt** veröffentlicht soeben die Abrechnung für den Zeitraum vom 1. November 1896 bis zum 31. Oktober 1897. Die Gesamteinnahmen beziffern sich auf 29 869,87 M. und die Ausgaben auf 28 599,34 M. Unter den Ausgaben befinden sich u. a. 18 419,30 M. für Streiks und 6548,92 M. für die Zentralherberge. Die Zentralherberge wurde im Jahre 1894 errichtet und verlagte damals über 50 Betten, jetzt sieben nach zweimaliger Vergrößerung 83 Betten zur Verfügung. Der Werth des schuldenfreien Inventars ist auf 10 000 M. geschätzt.

### Ausland.

**Aus London** berichtet die „Ald. Jg.“: Die Vertreter der Vereinigungen der Eisenbahnangestellten erbaten die Vermittlung des Handelsamts zur Lösung der Schwierigkeiten. — Die Blätter kündigen einen Ausstand von mehreren hundert Kupfer- und Eisenarbeitern an.

**Zur englischen Baumwoll-Krise.** Der Verband der Baumwoll-Fabrikanten von Lancashire hat das folgende Manifest erlassen:

Die Zeit ist gekommen, die Sache den Arbeitgebern in corpore vorzulegen, um über den einzigen Weg, der nunmehr übrig bleibt, zu entscheiden, nämlich ihren Arbeitern direkt zu kündigen. Ein Theil der Vereinigung der Arbeitgeber muß einer bestehenden Gewohnheit gemäß 14 Tage vorher kündigen. Es wird deshalb vorgeschlagen, gleichzeitig in allen Distrikten eine 14tägige Kündigung am 11. Dezember zu erlassen. Nach den zwischen den Arbeitgebern und Arbeitern bestehenden Abmachungen muß die Kündigung persönlich erfolgen. Obgleich im Verbandsvertrag über 80 pCt. sich für die Bewegung ausgesprochen haben, kommen die Distrikte Bolton und Nord- und Nordost-Lancashire nicht unter diesen Prozentzahl. Da Ihre Unterschrift unter dem Einverständnis erlangt wurde, daß 80 pCt. in jedem Distrikt sich für die Lohnherabsetzung aussprechen, so fordert der Ausschuss Sie jetzt auf, Wort zu halten, wenn alle anderen Distrikte, die über 80 pCt. der Unterschriften ergeben haben, einverstanden sind, dasselbe zu thun und nicht Acht zu geben auf die kleine Anzahl von Spindeln in Nord- und Nordost-Lancashire, die nicht mitmachen wollen. Der Ausschuss empfindet, daß eine Frage von großer Tragweite auf dem Spiele steht. Die Letztere des Reichs über die verschiedenen Konferenzen muß alle Arbeitgeber überzeugen, daß es hoffnungslos ist, von den Arbeitern Hilfe zu erwarten, um der furchtbaren Konkurrenz zu begegnen, die sich in allen Theilen der Welt geltend macht. Die Arbeitgeber müssen zu ihrem Leidwesen zu dem Schlusse gelangen, daß nur drastische Mittel die Arbeiter zur Vernunft bringen können. Der Ausschuss ist fest überzeugt, daß alle Arbeitgeber in dieser großen Krise treu zusammenhalten werden. Eine schwere Verantwortlichkeit ruht auf jeder einzelnen Firma. Nur durch locales Zusammenwirken können sich die Fabrikanten von der unerträglichen Tyrannei, die schon so lange gedauert hat, befreien. Die Arbeitgeber werden ersucht, darüber abzukommen, ob sie für 3-prozentige Lohnherabsetzung sind, falls 80 pCt. der Spindeln dasselbe thun wollen. Die Arbeitgeber werden hiermit auch befragt, ob sie den Betrieb einstellen wollen, wenn die Arbeiter sich dem widersetzen, oder ob sie 1/2d per Spindel wöchentlich zahlen wollen, falls sie weiter arbeiten lassen.

## Soziales.

**Zur Erzeugung des elektrischen Stromes,** beziehentlich zum Betriebe von Dynamomaschinen wurden in den privaten und staatlichen Betrieben Preußens, mit Ausnahme der Betriebe der Militär- und Marineverwaltung, im Jahre 1891 ausschließlich verwendet 794 Dampfmaschinen mit 89 610 Pferdekraften; bis Anfang 1897 war die Zahl dieser Maschinen auf 2186, also fast auf das Dreifache gestiegen. Die meisten Dampfmaschinen ausschließlich zur Erzeugung des elektrischen Stromes haben die Reg.-Bezirk Düsseldorf (804 mit 23 023 Pferdekraften), Arnberg (243 Masch., 13 597 Pferdekraften), der Stadtkreis Berlin (199 M., 26 308 Pfdkr.), ferner die Regierungsbezirke Osnabrück (142 M., 7199 Pfdkr.), Potsdam (181 M., 7144 Pfdkr.), Magdeburg (117 M., 8741 Pfdkr.), Merseburg (109 M., 18 190 Pfdkr.). In den übrigen Regierungsbezirken betrug die Zahl solcher Dampfmaschinen unter 100. Sigmaringen hatte gar keine.

Daneben gab es Anfang 1897 noch 651 Dampfmaschinen mit 42 889 Pferdekraften, die zur Erzeugung des elektrischen Stromes und gleichzeitig zu anderen Zwecken verwendet wurden. 1891 betrug die Zahl dieser Maschinen nur 189 und die Zahl ihrer Pferdekraften 9679. Die Vermehrung war hier also noch stärker als bei den Maschinen, die lediglich zur Erzeugung der Elektrizität verwendet werden.

Im ganzen betrug Anfang 1897 die Zahl der Dampfmaschinen zur Erzeugung des elektrischen Stromes 2837, die Zahl der Pferdekraften 191 895. Von diesen erzeugten 2642 mit 162 959 Pferdekraften den elektrischen Strom lediglich zu Beleuchtungszwecken.

Eine Diakonistin wird, nach einer Notiz des „Saalfelder Volksblatt“ zu schließen, auch in Saalfeld bei der Fabrikinspektion verwendet, um Beschwerden der Arbeiterinnen entgegenzunehmen. Das schwäbische Beispiel scheint also Nachahmung zu finden. Schließlich mögen sich noch die

religiösen Gesellschaften in die Fabrikinspektion, so daß verlangt werden wird, daß für die katholischen, evangelischen und jüdischen Arbeiterinnen nur Vertrauenspersonen eingesetzt werden, die der betreffenden Religion angehören. Den Unternehmern würde das ausgezeichnet in den Kram passen.

**Lohnarbeit und Kapital.** Aus Schlesien wird uns geschrieben: Nach dem gedruckten Geschäfts- und Verwaltungsbuch der Aktiengesellschaft für schlesische Feinindustrie (vormals C. G. Krampla u. Söhne) hat dieselbe im Betriebsjahre 1896/97 einen Reingewinn von 691 460,19 M. erzielt. Als Tantien erhalten davon Aufsichtsrath und Direktion 68 007,60 M., während die Aktionäre 8 pCt. d. h. 600 000 M. erhalten. Von einer Besserstellung der armen Weber ist aber keine Rede.

**Die Löhne der sächsischen Salinenarbeiter** in den österr. reichslichen Alpen werden, auf Verfügung des Finanzministeriums, vom 1. Januar an erhöht. Die niedrigste Lohnklasse bekommt statt 77 und 88 Kreuzer täglich künftig 90 und 95 Kreuzer. Für die schwere Arbeit in den Salinen ist das immer noch eine höchst elende Bezahlung.

## Versammlungen.

**Eine Kreisconferenz für den Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg** tagte am Sonntag im Jubelischen Saale. Es waren 20 Ortschaften durch 58 Delegirte vertreten. Reichstags-Abgeordneter Zubeil, der bisher die Geschäfte des Kreises geführt hat, erklärte, daß er wegen Belästigung mit anderen Parteiarbeiten die Kreisgeschäfte nicht weiter führen könne und es deshalb erforderlich sei, einen Kreisvertrauensmann zu wählen, und eine Organisation für den Kreis zu schaffen, was namentlich im Hinblick auf die bevorstehenden Reichstagswahlen notwendig sei. Genosse Zubeil gab hierauf eine detaillierte Abrechnung. Er hat eingenommen: Für Material 2413 M., für den Wahlfonds 1242,99 M., für Diverses 1128,52 M., vom Jahre 1896 ist ein Bestand von 586,70 M. vorhanden, die Gesamteinnahme beträgt also 5366,51 M. Ausgegeben wurden: Für Agitation 1795,50 M., für Gerichtslosten 360,59 M., für Rechtschutz 476,45 M., geliehen 242,75 M. Demnach beträgt die Gesamtausgabe 3340,49 M. Es bleibt ein Bestand von 2026,02 M. Die Abrechnung soll von Revisoren geprüft werden, die ihren Bescheid der nächsten Konferenz vorzulegen haben. Hierauf legte Zubeil ein Organisationsstatut vor, dessen wesentlichste Bestimmungen folgende sind: Die Angelegenheiten des Kreises, als Parteitagswahlen, Agitation, Presse u. s. w. werden in öffentlichen Kreisconferenzen erledigt, zu denen jeder Ort bis drei Delegirte, die in öffentlichen Versammlungen zu wählen sind, entsenden kann. Die Kreisconferenz wählt alljährlich vor dem Parteitage einen Kreisvertrauensmann, dessen Stellvertreter und 2 Revisoren. Der Kreisvertrauensmann hat die Geschäfte zu führen und nach Bedarf Kreisconferenzen einzuberufen. Das Statut bestimmt unter anderem auch, daß die Delegirten zur Kreisconferenz politisch, und, wo Verhältnisse erfordern, auch gewerkschaftlich organisiert sein müssen, und daß die Genossen in solchen Orten, wo keine politische Organisation besteht, sich dem in Charlottenburg domicilirten Wahlverein des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg anzuschließen haben. Ueber diese Bestimmung entstand eine längere Debatte. Einige Redner vertraten die Ansicht, daß man das Politische vom Gewerkschaftlichen scheidet müsse und deshalb von den zu einer politischen Konferenz entsandten Delegirten nicht verlangt solle, daß sie gewerkschaftlich organisiert sind. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß die Zugehörigkeit von Genossen aus entlegenen kleinen Orten zum Wahlverein Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg keinen praktischen Werth habe. Die Bestimmung, daß die Delegirten gewerkschaftlich organisiert sein müssen, wurde aus vereinsgesetzlichen Gründen gestrichen, im übrigen aber das vorgelegte Statut angenommen. Eine gleichfalls angenommene Resolution macht es jedem Genossen zur Pflicht, sowohl politisch wie gewerkschaftlich organisiert zu sein und empfiehlt, daß möglichst nur solche Genossen mit Vertrauensposten bekleidet werden. Die nunmehr vorgenommenen Wahlen ergaben folgenden Resultat: Zubeil, Kreis-Vertrauensmann; Quitt-Nordorf, dessen Stellvertreter; Joh. Johannisthal und Peter S. Schmargendorf, Revisoren; Erdle-Charlottenburg und Jungandreas-Nordorf, Mitglieder der Prekommission des „Vorwärts“; Joh. Johannisthal und Weber-Nieder-Schneeweide, Mitglieder der Lokalkommission. Ferner wurde ein Wahlkomitee für den Kreis eingesetzt, bestehend aus den Genossen Neuter-Wilmersdorf, Thiel-Tempelhof, Köster-Schöneberg, Hoppe-Nordorf, Erdle-Charlottenburg, Peter-Ronawes und Hillig-Köpenick. Unter „Verschiedenes“ eruchte Zubeil darum, daß sich rednerische Kräfte dem Wahlkomitee zur Verfügung stellen möchten. Dann wurden einige Angelegenheiten besprochen, die kein besonderes Interesse haben. In seinem Schlusswort bemerkte Zubeil, durch die heute vollzogene Organisation sei ein lange gehegter Wunsch der Parteigenossen, alle Angelegenheiten des Kreises öffentlich zu verhandeln, erfüllt. Möge die erste Kreisconferenz dazu beitragen, daß die Agitation und Organisation im Kreise, die in den letzten fünf Jahren in manchen Orten entschieden zurückgegangen sei, wieder aufgebaut und neu belebt werde, damit der Wahlkreis bei den nächsten Reichstagswahlen der Sozialdemokratie erhalten bleibe. Die Konferenz schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

**Brauerei-Arbeiter.** In der Monatsversammlung vom November hielt Krieger einen Vortrag über: „Die Arbeitsverhältnisse in den amerikanischen Brauereien.“ In seinem Vortrag schilderte er, wie der Fortschritt der Technik und die Erfindungen und Verbesserungen immer neuer und verbesserter Maschinen, die speziell in der Bran-Industrie ein geeignetes Versuchsfeld finden, unzählige Arbeitskräfte überflüssig machen, so daß bei dem jetzigen Stande der Entwicklung in Amerika mit deutschen Verhältnissen verglichen, in den mit den neuesten Einrichtungen versehenen Großbrauereien mit dem fünften bis achten Theil der Arbeiter dasselbe Quantum Bier erzeugt wird, wie in Deutschland. Demzufolge hat man auch auf gelehrte Fachleute mit langer Lehrzeit wenig Rücksicht zu nehmen, man braucht lediglich Bedienungsmannschaften für die Maschine. Für die Arbeiter ist dies insofern von Vortheil, als ihnen hierdurch mit unübersehbarer Gewalt die Einsicht ihrer Zusammengehörigkeit, die Erkenntnis ihrer gemeinsamen Interessen eingepaukt wird, insofern diese sie nur im Zusammenschluß in der Organisation ihr einziges und Gebührendes erblicken können, durch welche sie sich vor den Schäden der kapitalistischen Wirtschaftsweise, der maßlosten Ausbeutung und in ihrem Besitze der Arbeitslosigkeit schützen können. Die Arbeitsverhältnisse in den amerikanischen Brauereien zeigen uns die Entwicklungsfähigkeit der Produktionsverhältnisse und die Aussichten für die Arbeiter; wir haben dafür zu sorgen, daß die Erhaltung unserer Organisation mit dem Gange der Entwicklung gleichen Schritt hält resp. diesem nachkommt, um zu jeder Zeit gewappnet dazustehen und die Folgen dieser Entwicklung abzuwehren zu können. In der Diskussion über den mit Beifall angenommenen Vortrag äußerten sich Hoppe und Richter in gleichem Sinne. — Träger erstattete den Bericht der Revisoren, nach welchem alles in Ordnung befunden wurde. — Klemann und Böhm kündigten einen Antrag zur nächsten öffentlichen Versammlung an, nach welchem nur Mitglieder, die mindestens drei Monate dem Verband angehören, in den Arbeitsnachweis, Blumenstraße, eingetragen werden dürfen. Auch wurde in Erinnerung gebracht, daß alle in unserem Arbeitsnachweis eingetragene Organisirte sich auch gleichzeitig im Ring-Arbeitsnachweis eintragen lassen müssen, widrigenfalls sie gestrichen werden. — Auf Antrag des Vorsitzenden wird die Zahlstelle von Wolters, Charlottenburg, nach Dörre, Krammestraße, Charlottenburg, verlegt. — Das nächste Stiftungsfest findet am 1. Januar in der Resource statt. — Ein Antrag auf Besuch der Urania wird vorläufig noch zurückgestellt. — Zum Schluß forderte der Vorsitzende zur schnelleren Zeichnung und Ablieferung der Listen für die englischen Maschinenbauer an.

**Die Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter** hielten am Sonntag ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. 84 neue Mitglieder meldeten sich zum Verein an. Der erste Bevollmächtigte, R. Beier, wohnt Duffenstr. 6, Hof III, der erste Kassirer, Hoffmann, Eigenherstr. 19. Es wurde aufgefordert, jede Unregelmäßigkeit, die auf den Bauten vorkommt, unverzüglich dem Vertrauensmann zu melden.

**Wander-Club Vorwärts.** Sitzung heute Abend 9 Uhr, Volkstheater 8, bei Köhne.

**Verein selbständiger Fensterputzer.** Sitzung heute Abend 9 Uhr, Alte Jakobstr. 64/66, bei Rehrnald. Kollegen sind freundlich eingeladen.

**Poliz. und Greiterträger Gerlino und der Umgebung.** Große öffentliche Versammlung Dienstag, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, Raumannstraße 27, bei Braumann, früher Reng. Vortrag des Genossen Meyn et. Jahresthats Bericht erwarbt der Greiterträger.

**Montag, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, im Bürgercafé des Rathhauses** wird Herr Dr. Ludwig Balda eine Vorlesung aus eigenen Erfahrungen halten, deren Vortrag in die Kasse der Bibliothek zur Frauenfrage fließt. Eintritt zu 1 Mk. sind an der Abendkasse zu haben.

## Literarisches.

**Köhne, Polizei und Publikum.** Eine Darstellung der beiderseitigen Rechte und Pflichten. Berlin. J. J. Neine's Verlag, 1897.

Am Ende der grundlegenden Bestimmungen für die Ausführung der örtlichen allgemeinen Verwaltungspolizei in Preußen erörtert der Verfasser die Lehre vom Verfahren der Polizei, der Erlassung und Anfechtung polizeilicher Verfügungen. Obwohl die Schrift etwas Neues nicht bringt, ist sie dennoch durchaus nicht ohne Werth. Die Knappheit und Klarheit, mit der das schwierige Material zur Darstellung gebracht ist, verdient alle Anerkennung. Das Studium der Arbeit ist nicht bloß dem Privatpublikum zu empfehlen, welches in den Kapiteln: „Anfechtung der Verfügung und der Zwangsmaßnahmen“ und „der Rechtsweg“ Belehrung darüber erhält, in welcher Weise es gegen unredliche Verfügungen der Polizei vorgehen kann, sondern auch den unteren polizeilichen Behörden behufs Vermeidung von Uebergreifen. Ein ausführliches Sachregister erleichtert den Gebrauch.

**Rehmann, Paul.** Sammlung der für Berlin geltenden Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, im Handwerk und in der Industrie. Zum praktischen Gebrauch für jeden Gewerbetreibenden. Verlag von D. S. Hermann, Berlin 1897.

Die Bestimmungen über die Sonntagsruhe sind heute noch so mannigfaltige und entbehren so sehr eines einheitlichen, klaren Prinzips, daß die genannte, von dem Polizeileutnant Rehmann verfaßte Schrift einem sehr solchen Bedürfnis für die Praxis entgegenkommt. Ohne einen solchen Wegweiser ist es in der That kaum möglich, zu wissen, was heute erlaubt und was verboten ist.

## Eingelassene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. G. W. Dietz's Verlag) ist soeben das 10. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein Ochsenhauer Springer. — Noch einmal die Beihilgung an den preussischen Landtag. — Von August Bebel. — Der moderne englische Imperialismus. — Von M. Beer-London. — Brentano's Agrarpolitik. — Von J. G. W. — Das Annehmen der Zahl der Armen von 1854 bis 1893. — Von Erich Heimland. — Heftigkeiten: Der gelbe Domino. Roman von Marcel Prost. (Fortsetzung.)

## Dreifacher Mord.

Ein furchtbares Familiendrama, welches noch dringender den Aufklärung bedarf, ereignete sich am gestrigen Montag Abend um 6 Uhr in dem zu Charlottenburg gehörenden Hause Uhländstr. 167. In der zweiten Etage des Gartengebäudes wohnt seit dem 1. April v. J. der 33jährige Stubenböhner Franz Sievert mit seiner Frau und drei Kindern, dem siebenjährigen Max, dem vierjährigen Paul und dem dreijährigen Fritz bestehenden Familie. Zwei Zimmer der Wohnung waren von Frau S. an Damen vermietet worden, während S. mit seinen Angehörigen in einer Kammer und der Küche wohnten. Der Stubenböhner war dem Trunke ergeben und arbeitete wenig, außerdem war er ein leidenschaftlicher Kartenspieler; hierdurch entstand zwischen dem Eheleuten häufig Streit. So auch am Montag Nachmittag; gegen 1/6 Uhr hörten Hausbewohner einen heftigen Zank in der S.'schen Wohnung, die Frau rief laut: „Du bist schon wieder seit Tagen betrunken“, bald darauf erhob sich ein lauter Schrei aus und die Küche betretend ein Streichholz anzündete, fand sie Frau S., aus einer Brustwunde blutend, todt auf dem Fußboden liegend. In dem benachbarten Schlafzimmer lag auf dem Bett der ältere Knabe mit einer Schußwunde in der Schläfe ebenfalls todt, während die beiden anderen Kinder mit Wunden in der rechten Kopfseite noch lebend im zweiten Bette lagen. Die sofort benachrichtigte Charlottenburger Polizeibehörde, zu deren Revier der Thortort gehört, ließ die leider schwer verletzten Kinder mittels Kopp'schen Krankenwagens nach dem sächsischen Krankenhaus in der Kaiser-Friedrichstraße schaffen, woselbst sie hoffnungslos darnieder liegen. Neben der Leiche der Frau wurde ein sechsblättriger, abgeschlossener Revolver gefunden. Sievert wurde durch die Kriminalpolizei sofort gesucht und in einer Kneipe der Uhländstraße aufgefunden. Der Stubenböhner behauptet, dort seit 1/6 Uhr geweilt zu haben und verhielt sich beim Anblick der Leichen ziemlich gleichgültig. Er äußerte ganz ruhig zu dem Polizeidirektor v. Saldern: „Wenn sie erschossen sind, dann muß doch eine Waffe da sein“, und fügte, als er den Revolver erblickte, hinzu: „Na, sie wird es schon allein gethan haben.“ Es ist um 5 Uhr und um 1/6 Uhr bei dem in demselben Hause wohnenden Barbier Müller gewesen, um sich rasiren zu lassen, erfuhr er jedoch beide Male gleich wieder, weil er einen Augenblick warten sollte. Aufmerksam bemerkt sich S. nicht; die Behauptung, daß er um 1/6 Uhr bereits in der erwähnten Gastwirtschaft geweilt, ist durch Zeugen bisher nicht erwiesen und so wurde S. unter dem Verdacht des Mordes und dreifachen Kindermordes verhaftet.

## Depeschen und letzte Nachrichten.

**Graz, 6. Dezember.** (W. Z. B.) Prozeß Wille. Es kam das vor dem Polizeikommissar aufgenommene Stenogramm über die Wiener Versammlung, in welcher Dr. Bruno Wille sprach, zur Erörterung und sodann beschäftigte sich die Verhandlung mit dem Inhalt der Rede. Nach eingehenden Erörterungen theologischer Fragen wurde die Sitzung um 8 1/2 Uhr für zuhause erklärt. Die öffentliche Verhandlung wird morgen 8 Uhr vormittags fortgesetzt. Ueber den Ausgang des Vertheidiger's, Sachverständige zu vernehmen, wurde ein Beschluß bisher nicht gefaßt.

**Prag, 6. Dezember.** (W. Z. B.) Bei einem Neubau-Einsturz in Sieben wurde ein Mann getödtet, fünf wurden schwer verletzt.

**Budapest, 6. Dezember.** (W. Z. B.) Abgeordnetenhause. Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde die Generaldebatte über die Vorlage betreffend die Gemeinde- und Ortsnamen erledigt. Die Spezialdebatte wurde auf morgen verlegt. Hierauf legte der Ministerpräsident Baron Bauffy einen Gesetzentwurf über die provisorische Regelung des Zoll- und Bankwesens sowie einiger mit demselben zusammenhängender Fragen vor. Der Gesetzentwurf bestimmt, daß das wirtschaftliche Verhältnis bis zum 31. Dezember 1898 unverändert aufrecht bleibt. Dieses Gesetz verliert die Geltung, falls vor dem 31. Dezember 1898 der Ausgleich verfassungsmäßig zu Stande kommt. Die Regierung wird angewiesen, falls bis zum 1. Mai 1898 der Ausgleich nicht zu Stande kommt, dem Reichstage eine Vorlage über die endgültige Regelung der jetzt nur provisorisch geregelten Fragen zu machen und zwar so, daß die endgültige Regelung vor Schluß des Jahres 1898 in Geltung treten könne.

**Madrid, 6. Dezember.** (W. Z. B.) Nach einer Depesche des „Imparcial“ aus New-York wurden in der Stadt Jaruco (Provinz Havana) durch eine Feuerbrunst 110 Gebäude zerstört. Ob bewilligte Brandversicherung vorliegt, ist noch nicht festgestellt.

Reichstag.

4. Sitzung. Montag, 6. Dezember 1897, 1 Uhr.

Am Bundesrathstische: Fürst Hohenlohe, Graf Posadowski, v. Cospier, Tirpitz, v. d. Riede, v. Zittelmann, v. Bülow, Niederding.

Das Haus ist mäßig besetzt.

Auf der Tagesordnung steht die erste Verathung des Flottengesetzes.

Präsident v. Bülow eröffnet die Sitzung nach 1 1/4 Uhr und ertheilt das Wort dem Reichskanzler.

Fürst v. Hohenlohe: Meine Herren! Die verbündeten Regierungen haben sich entschließen müssen, einen anderen Weg als den bisherigen einzuschlagen, um zu dem Ziele zu gelangen, welches wir erstreben: die Beschaffung einer zwar nicht großen, aber leistungsfähigen und achtunggebietenden Flotte. Man hat bisher versucht, den Ausbau unserer Marine, dessen Nothwendigkeit auch von der Majorität dieses Hauses anerkannt wird, dadurch einer Vervollständigung zuzuführen, daß man in jedem Jahre mit einzelnen Forderungen zu Ergänzungen und Ausbau an Sie herantrat. Wir haben es dann erlebt, daß wegen eines oder zweier Kreuzer sich Kämpfe entwickelten, deren Festigkeit mit den Objecten nach meiner Auffassung keineswegs in Einklang stand. Der größte Theil derjenigen, die sich zu einem ablehnenden Votum entschlossen hatten, stand der Forderung der Regierung nicht prinzipiell feindlich gegenüber, sondern nur zeitweilig, aus Gründen verschiedener Art. Das Ergebnis dieser Art Unterhandlung in der Marinefrage ist es gewesen, daß trotz bedeutender Aufwendungen unsere Flotte sich nicht so entwickelte wie Deutschlands Lebensinteresse es erforderte. Die Marine hat von der Hand in den Mund gelebt. Der Versuch, eine bestimmte Linie für ihre Entwicklung vorzugeben, ist nicht geglückt. Man sah ein, daß hier ein Fehler im System vorliegt. Es geht nicht an, ein sechsfünftes Gebäude zu errichten, ohne daß die Bauleute klar ihren Plan festlegen, nach dem die Fundamente gelegt, die Mauern aufgeführt werden sollen. Die jetzige Vorlage ist geeignet, Klarheit und Einseitigkeit hierin zu schaffen. Sie soll unserer Marine eine Organisation geben, die wir nur gelegentlich zu verbessern und auszugestalten hätten. Hat man es mit vollem Recht für erforderlich gehalten, die Friedensstärke der Armee für eine Mehrzahl von Jahren fest zu bestimmen, so wird das gleiche für die Marine der Fall sein müssen, zumal es sich hier nicht nur um Ertrag von Menschen, sondern auch Ertrag von Schiffen handelt. Es ist eine unansehnliche Thatsache, in einer langen und ruhmreichen Geschichte bewiesen, daß von der Tüchtigkeit der Armee die Ehre und Existenz des Vaterlandes abhängt. (Sehr richtig! rechts.) Was aber die Marine betrifft, so war sie bisher so schwach und unentwickelt, um eine bedeutsamere Entscheidung herbeizuführen zu können. Vielleicht hat gerade der Umstand, daß wir eine glänzende Machtstellung in der Welt einnehmen, den Ursprung der Erkenntnis verlangsamt, daß wir eine tüchtige Flotte benötigen, um unsere Stellung zu bewahren. Der Gang der Ereignisse aber, die Entwicklung unserer überseeischen Interessen hat allmählich in den weitesten Kreisen des Volkes zu der Ueberzeugung geführt, daß unsere jetzige Flotte nicht im Range ist, um unsere Aufgaben auf maritimem Wege zu erfüllen. Der gleichen Ansicht ist die Regierung. Der Gesetzentwurf trägt diesem Bedürfnis Rechnung in einer Form, welche den Zwang enthält, die Flotte in einem bestimmten Zeitraum auf eine bestimmte Höhe zu bringen. Geht man von der Voraussetzung aus, daß eine solche Nothwendigkeit vorliegt, so wird man an der vorgeschlagenen Form festhalten müssen, nachdem die Erfahrungen bewiesen haben, daß die Form flüchtiger Bewilligung nicht genügt hat. Diese Erwägungen haben zu dem Entschluß geführt, die Form des Gesetzes zu wählen. Die verbündeten Regierungen haben diese einstimmig beschloffen. Ich kann nicht leugnen, daß die Vorlage eine gewisse Entlastung bedeutet. Man hat von einer Verletzung des Staatsrechts gesprochen. Dies ist nach meiner Ueberzeugung nur möglich, indem man in einer doktrinären Auffassung aus dem Bewilligungsrecht der Parlamente deren Befugniß ableitet, durch Nichtbewilligung den Staatsorganismus ganz oder theilweise lahm zu legen. So wird auch niemand darüber im Zweifel sein, daß nach der Annahme dieses Gesetzes dem Reichstage ein weites Spielraum bleiben wird, um bei der jährlichen Feststellung des Marine-Gats seinen Einfluß geltend zu machen. Und dann, nehmen Sie den Entwurf an, so binden Sie damit die verbündeten Regierungen auch. (Heiterkeit links.) Die Vorlage zeigt, daß wir nicht daran denken, mit den großen Seemächten zu rivalisiren. Der Gedanke an eine Politik der Abenteuer liegt uns völlig fern. Gerade aber die Durchführung, wie wir sie wollen, genügt, um in unserer Flotte einen Wachsfaktor zu haben, der ausreichend ist, um unsere dringendsten Interessen zu vertreten. (Lebhafte Weisfall rechts.)

Staatssekretär der Marine Tirpitz: Der Gesetzentwurf verlangt die gesetzliche Festlegung 1. des Sollbestandes der Schiffsklassen: Linienschiffe, Küsten-Panzerfahrzeuge, große und kleine Kreuzer; 2. der Frist, bis zu welcher dieser Sollbestand erreicht werden soll; 3. es soll die Frage der Ersatzbauten gesetzlich geregelt werden; 4. diejenige Indiensthaltung soll vorgeschrieben sein, die auf organisatorischer Grundlage beruht; endlich 5. sollen Grundsätze für die Ergänzung des Personalbestandes gegeben werden.

Was zunächst die gesetzliche Festlegung des Sollbestandes an Schiffen betrifft, so wird dagegen angeführt, daß die Technik sich ändern könne; deshalb lasse sich ein Sollbestand nicht festlegen. Die Fassung des Entwurfs läßt aber auch der Entwicklung der Technik vollkommen freien Spielraum. Unbeschadet des Ersatzes könnten es Linienschiffe aus älterer Zeit sein oder moderne Panzerfahrzeuge. Der große Kreuzer könnte der alten Prepalatte entsprechen oder dem jetzt so genannten Panzerkreuzer. Unter kleinen Kreuzern können Schoner und Briggs der alten Zeit verstanden werden oder die Schiffe, die wir jetzt kleine Kreuzer nennen, bei denen der Schutz durch Panzerung zurücktritt hinter der Schnelligkeit. Die Technik kann also, da wir ja Schiffstypen aus langen Zeiträumen haben, keine Schwierigkeit für die gesetzliche Festlegung machen.

Ein weiteres Bedenken meint: die Kriegskunst ist veränderlich; der Sollbestand lasse sich nicht gesetzlich festlegen, weil möglicherweise der Gesetzgeber nach 15 Jahren zu einer anderen Zusammenfassung der Flotte den Zahlen der Schiffe nach kommen könne. Ich persönlich glaube, daß die Formation der Schlachtflotte, wenn sie das Gesetz vorschreibt, auf lange Zeit unverändert bleiben wird. Freilich können wir einmal in die Lage kommen, die Linienschiffe zu vermehren, deren Zahl nach den heutigen See-Interessen des Reiches bemessen ist. Wenn aber diese Nothwendigkeit eintritt, so wäre sie nur ein günstiges Zeichen, ein Beweis, daß sich unsere See-Interessen machtvoll entwickeln. Wir können die Frage, ob der Sollbestand festgelegt werden kann, nach einem Beispiel bemessen. Die Festlegung der Zahl unserer Linienschiffe rührt her aus dem Jahre 1873. Die Zahl, die damals als nothwendig anerkannt wurde, hat bis in den Anfang der 90er Jahre zum besten des Reiches und der Marine genügt. Auf 20 Jahre ließ sich die Festlegung der Zahl also erstrecken, daraus geht hervor, daß die gesetzliche Festlegung überhaupt möglich ist.

Weiter wird gegen die Fassung des Gesetzes geltend gemacht, daß ja eine unbegrenzte Gültigkeitsdauer für den Sollbestand durch das Gesetz selbst ausgesprochen wird. Ja, ich glaube kaum, daß diese unbegrenzte Gültigkeitsdauer eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung für die Regierungen sein wird. Zu kurz konnte man in Anbetracht der langen Bauzeit die Frist nicht nehmen, man muß sie auf mindestens 10-12 Jahre bemessen. Man würde sie ganz außer Kraft setzen in dem Augenblick, wo sie nicht mehr voll-

fähig funktioniert. Ich sollte meinen, auch das Haus sollte keinen so hohen Werth auf die Begrenzung der Gültigkeitsdauer legen.

Bei fester Beschaffungsfrist hat die Verwaltung den Vortheil, daß sie disponiren, die Ausgaben auf verschiedene Werften vertheilen, daß sie die Arbeiterfrage günstig lösen und die Leistungsfähigkeit der deutschen Industrie heben kann. Weiter wird geltend gemacht, man könne nicht Dinge bewilligen, deren finanzielle Konsequenzen nicht abzusehen seien. Das ist ein ganz plausibler Grund. Aber es handelt sich ja nicht um eigentliche Neubauten. Wir besitzen nicht nur Kostenaufschläge, sondern Kontrakte über den Bau schon bewilligter Schiffe, die denselben Typ wie die neu geforderten haben. Die finanziellen Konsequenzen lassen sich also wohl abschätzen. Und durch die Fristbemessung wird die Flotte leistungsfähiger.

Ich komme nun zu der Nothwendigkeit der Ersatzbauten. Es ist Thatsache, daß die Schlachtflotte augenblicklich stark reduziert ist, es ist auch Thatsache, daß wir mit derselben jetzt nicht umkande sind, unsere großen Interessen so zu vertreten, wie es erforderlich ist, wenn wir gegebenenfalls nicht unsere Kräfte auf eine höchst bedeutliche Weise theilen wollen. Es wird nun geltend gemacht, daß ja eine ganze Anzahl von Schiffen gegenwärtig im Bau sind. Das ist allerdings, dank der Bewilligung durch dieses hohe Haus, der Fall. Aber nichtsdestoweniger würde es selbst nach der Fertigstellung dieser Schiffe nicht möglich sein, alle unsere Interessen damit zu schützen. — Es handelt sich also um eine Vermehrung der Flotte um 5 Linienschiffe, 2 große und 7 kleine Kreuzer. Was zunächst die Linienschiffe anlangt, so ist die gegenwärtig bestehende Anzahl von 14 schon 1873 und auch später wiederholt als nothwendig anerkannt worden. Als General Stosch seinerzeit diese Anzahl vorschlug, lag es in der Absicht, daraus 2 Geschwader zu 8 und 6 Schiffen zu formiren. Bald aber sah man ein, daß man mit diesen gerade in den schwierigsten Situationen Gefahr liefe, geschlagen zu werden, und unter dem Druck dieser Gefahr hat die Marineverwaltung mehrfach geschwankt, ob sie unter Ausgabe jener beiden geplanten Geschwader den Schwerpunkt in die Nordsee oder in die Ostsee verlegen soll. Man kam allgemein zu der Ansicht, daß wir mindestens zwei Geschwader zu je acht Schiffen haben müßten. Diese Ansicht hat sich gehalten trotz des Wechsels der Personen, so daß Sie nach dieser Richtung einen geschlossenen und gereiften Plan des sogenannten See-Offizierskorps vor sich haben. Es ist mir leider nicht möglich, eine eingehende Begründung hier öffentlich zu geben; ich behalte mir das weitere für die Kommission vor. Ich möchte aber sogleich hervorheben, daß gerade auf die Feststellung der Beschaffungsfrist für die Flotte großer Werth zu legen ist, da wir darnach unsere ganzen Verwendungs- und Mobilisationspläne richten können. Weiter aber bedarf es, wenn die Flotte überhaupt einen Daseinszweck haben soll, der Festlegung einer Minimalstärke. In dieser Beziehung aber darf man nicht unter zwei Geschwader zu je acht Linienschiffen heruntergehen, wenn der Werth des ganzen nicht unverhältnismäßig leiden und das in die Flotte hineingesteckte Geld nicht im Falle eines Krieges geradezu umsonst aufgewandt sein soll. Das kann ich hier ferner erklären: Wenn Sie den Gesetzentwurf genehmigen, so schaffen Sie eine Flotte, welche ein erhebliches Gewicht zur Sicherung des Friedens in die Waagschale werfen kann und Sie schaffen weiter bezüglich der Stellung Deutschlands im europäischen Konzert einen Machtfaktor, der im Jahre 1904, nach Fertigstellung der Flotte, aufgehört haben wird, eine quantitative Negligable zu sein. — Was die Vermehrung der Kreuzer anlangt, so ist die Nothwendigkeit dieser Schiffsklasse für den Aufklärungsdienst ja allgemein anerkannt, sie ist in letzter Zeit noch gesteigert mit Rücksicht auf die schnelle Beweglichkeit der Kreuzer und die Nothwendigkeit, die Flotte vor den Torpedobooten zu schützen. — Was die Indiensthaltung anlangt — es handelt sich vorzugsweise um diejenige von acht Schiffen mit Ausnahme einiger in das Ausland zu sendender Fahrzeuge — so werden Sie deren hervorragende Bedeutung aus der Begründung des Entwurfs entnehmen. — Die Ausgaben betragen für die nächsten 7 Jahre ca. 60 Millionen im Durchschnitt, im ganzen 410 Millionen. Darin liegen aber schon 162 Millionen für Ersatzbauten. Die Steigerung infolge der Indiensthaltung beträgt in den 7 Jahren 80 Millionen. Ich bin entfernt davon, diese Summe für eine geringe zu betrachten, bemerke aber, daß die Steigerung hierfür in den letzten 14 Jahren noch eine größere ist.

Unsere Seeinteressen sind seit Errichtung des Reiches in ungehörter Weise gestiegen; ihre Erhaltung ist zu einer Lebensfrage Deutschlands geworden. Werden diese Interessen unterbunden oder ernstlich geschädigt, so muß Deutschland zunächst dem wirtschaftlichen und dann dem politischen Niedergang entgegensehen. Welche der Seeinteressen Sie auch herausgreifen wollen: Das politische Ansehen Deutschlands, die Offenhaltung wichtiger Lebensadern nach der See zu im Falle des Krieges, der Schutz der Deutschen in fernem Ländern, oder der Schutz und die Vertretung der Handelsinteressen, — all das findet sein Rückgrat in der Flotte. Die Regierungen sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß das bisherige System, die Bedürfnisse der Flotte nur von Jahr zu Jahr zu decken, nicht mehr ausreicht, daß vielmehr die dauernde gesetzliche Festlegung unerlässlich ist. Denselben Zweck ist Ihnen ein wohlverwogener und finanziell auf das unbedingt nothwendige Maß zurückgeführter Entwurf zugegangen. (Weisfall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Hg. Dr. Schoenau (Soz.): Meine Herren, wie sich die Situation seit einem Jahre in Marinefragen verändert hat, das erkennt man am besten daran, wenn man sich ins Gedächtnis ruft, was am 12. September 1896 der „Reichs-Anzeiger“ geschrieben hat, als amtliche Erklärung:

„Seit Jahresfrist findet sich in der Tagespresse verschiedener Richtung die immer wieder von neuem auftretende Nachricht von einem kostspieligen Flottenvermehrungsplan, welcher von dem Kontre-Admiral Tirpitz an allerhöchster Stelle vorgelegt worden sei. Es muß festgestellt werden, daß weder an allerhöchster noch bei der verantwortlichen Stelle ein Flottenvermehrungsplan zur Vorlage gebracht worden ist. Der Kontre-Admiral Tirpitz ist zu einer derartigen Vorlage nie berufen gewesen, und hat sich auch nie in einer Stellung befunden, in welcher ihm ein Auftrag zur Ausarbeitung einer Marinevorlage hätte zugehen können. ... Es liegt nicht in der Absicht der Marineverwaltung, von dem bisherigen Gebrauch, durch den Etat dasjenige zu fordern, was die Marine zur Erfüllung ihrer Aufgabe gebraucht, abzugehen und den gesetzgebenden Körperschaften einen weitläufigen Plan über eine besondere Marinevorlage zu übergeben, die durch die unübersehbare weitere Entwicklung der Dinge in kürzester Zeit wertlos werden könnte.“

Deute ich der damalige Staatssekretär des Reichs-Marine-Amts, der alle derbe Seemann Hollmann, läuft in der Pankowbahn vor Anker gegangen. Die Reichsregierung, an der Spitze der Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe, hat die Flagge gestrichen vor dem Flaggenhüter in unerantwortlicher Stellung, dieser Flaggenhüter ist heute Staatssekretär des Reichs-Marineamts, und diese besondere Marinevorlage, die durch die unübersehbare weitere Entwicklung der Dinge in kurzer Zeit wertlos werden könnte, liegt jetzt vor uns, datirt vom 30. November 1897.

Mit großem Pathos, mit allen Mitteln der Stimmungsmache ist für die Marinevorlage Stimmung gemacht worden. Ich glaube, wir haben deshalb doppeltes Interesse, ganz kühl, trocken und nüchtern diese Frage zu betrachten, weil — darin stimme ich vollständig mit dem Herrn Reichskanzler überein — die Marinevorlage von hervorragender Bedeutung ist, nicht nur in der Richtung auf die Finanzen und das schwer bedrohte Budgetrecht, sondern überhaupt in der Richtung auf die Gesamtentwicklung unserer inneren und äußeren Politik.

In dem letzten Vierteljahrhundert haben wir nicht mehr und nicht weniger als 150 1/2 Millionen Mark für Marinezwecke aus-

gegeben. Wir finden dabei zwei Perioden in der Entwicklung des Marinebudgets: Die erste, ein langsames, stetiges Wachsen, die aufhört mit der Thronbesteigung des jetzigen Kaisers, und die neue Periode des Kaisers Wilhelm II., die uns rapides Aufsteigen, ein jähes Emporstreigen zeigt. Man braucht sich bloß die Zahlen einmal anzusehen: Die Gesamtaufgabe des Marinebudgets betrug:

Table with 2 columns: Year, Amount. 1892/93: 36 381 300 M. 1894/95: 43 400 000 " 1897/98: 62 357 110 "

In der Zeit von 1892/93 bis 1897/98 betrug die Gesamtaufgabe 365 462 300 M. Aber wie steht es denn nun in der neuen Ära der Marine?

Table with 2 columns: Year, Amount. 1890/91: 71 727 800 M. 1891/92: 75 897 000 " 1892/93: 90 439 100 " 1893/94: 81 240 400 " 1894/95: 78 382 900 " 1895/96: 85 594 900 " 1896/97: 86 259 900 " im letzten Etat: 117 000 000 "

und der letzte Etat beziffert sich auf 121 677 896 M. Die Gesamtaufgabe von 1890/91 bis 1897/98 betrug 681 578 300 M.

Man kann ja nun einwenden, die Marinebudgets anderer Staaten seien ganz anders beschaffen. Ja, aber das steht fest, daß in der Zeit von 1873 bis 1896 das französische und englische Budget sich um das zweifache erhöht haben, das russische um das nicht ganz zweieinhalbfache, das nordamerikanische um noch nicht ein Drittel, während das deutsche den höchsten prozentualen Anstieg, um das dreieinhalbfache, zeigt. Sagt man, in gewissen Budgets sind die Neubauten nicht einbezogen, dann wird man finden, daß die fortlaufenden Ausgaben der deutschen Marine in den 28 Jahren um das sechseinhalbfache gewachsen sind, meine Herren, ich glaube, das sind kolossale Beträge, und es fragt sich nur: Was fordert der neue Flottenplan, der jetzt aufsteigt? — 19 sogenannte Linienschiffe (früher hießen sie Panzerschiffe), dann die 8 bisherigen Küsten-Panzerfahrzeuge, 6 große und 12 kleine Kreuzer. Nicht in Betracht kommen für die Vorlage die Torpedoboots. Nach dem neuen Flottenplan sollen bis 1906 ausgegeben werden: für Neubauten 162 200 000 M. und für sogenannte Ersatzbauten 211 Millionen. Die Gesamtkosten werden betragen 412 Millionen. Es steigert sich dadurch das Ordinarium des Marine-Gats von 59 auf 87 Mill. Mark. Der Flottenaufwand würde sich also bis 1906 bessern auf nicht weniger als 997 Mill. Mark, d. h. 418 Mill. mehr als bisher. Aber zu gleicher Zeit würde der Jahresdurchschnitt sich von 83 auf 142, d. h. um 59 Mill. Mark steigern, und dabei sind nicht mit eingerechnet 60 Mill. sonstige einmalige Ausgaben der Marine, ferner nicht die Zinsen für die Marineanleihe, die schon 1895/6 10 256 445 M. betragen, nicht miteingerechnet die Pensionen, die sich 1897/8 auf fast 3 Millionen beziffern. Aber diese Frage der Belastung wird mit leichter Hand in den Gründen der Vorlage beiseite geschoben, man tröftet die Steuerzahler und das Parlament damit, daß es sich nicht darum handelt, „neue Steuern“ aufzulegen oder „eine einmalige große Anleihe“ aufzubringen, sondern man würde die Sache schon aus den laufenden Mitteln des Reichs decken können.

Meine Herren, die Zahlen, die Sie gehört haben, lassen nicht den Glauben aufkommen, daß es ohne sehr schwere Mehrbelastung geht. Wie steht es denn mit unserer Reichsschuld? Während wir 1878: 16 300 000 M., 1886: 440 Mill. Reichsschuld hatten, haben wir jetzt am 1. Nov. 1897 2 151 902 800 M. Reichsschuld gehabt! Und dies, ohne daß in den letzten Jahren eine sogenannte große Anleihe gemacht worden ist. Nein, meine Herren, von der Thronbesteigung Wilhelm's II. bis zum 31. März 1896 haben die Reichsschulden ohne eine einzige große Anleihe zugenommen von 724 Millionen auf 2255 Millionen, d. h. ungefähr um 1 1/2 Milliarden. Wird aber jetzt der Flottenplan durchgedrückt, dann werden die Ausgaben des Extra-Ordinariums so wenig als heute aus den laufenden Mitteln bestritten werden können und die Reichsschulden werden um 391 Millionen wachsen.

Wenn da unsere Regierungen sagen: keine neuen Steuern! — ja, mit Verpöschung sind die Herren vom grünen Tisch immer bei der Hand gewesen, aber sie sagen uns nicht, daß nicht etwa neue, erhöhte Matrikular-Beiträge kommen können, und daß wir bald wieder einen Sturmhauf der Finanzminister der Einzelstaaten erleben werden, wie 1895/96, die eine Einführung neuer oder die Erhöhung alter Steuern forderten. Sie wissen, es ist schon eine Steuer in Aussicht genommen; man kennt das bekannte Rundschreiben der sächsischen Steuerbehörde, das sich auf die Erhöhung der Branntwein bezieht.

Verprechungen der Regierung besagen sehr wenig, sehr wenig ist im Reichstage erlebt haben, daß der Reichskanzler feierlich vor uns erklärte, er werde die Frage des Vereinigens so, wie es der Reichstag wünschte, lösen, und dann an den preussischen Landtag die lex Riede brachte. (Sehr richtig! links.) Hat uns der Reichskanzler nicht auch eine Militär-Strafreform in modernem Geiste versprochen und nach langen Mühen und Kämpfen erhalten wir ein klägliches Nachwerk, das nicht einmal ans bayerische Militärrecht heranzieht. An Ministerverprechungen, an Kanzlerworten kann man drehen und drehen; sie besagen nicht mehr, als die kurze Dauer eines solchen ministeriellen Lebens, oder auch die Zeit bis zur Umwandlung des Ministers, zu seiner Verlebung zu einer neuen, „oben“ gewünschten Ansicht. Mit einer leichten Handbewegung hat sich Fürst Hohenlohe über die Frage unseres Budgetrechts hinweggesetzt. Er hat chevaleresk bemerkt, wir hingen nicht mehr in den Banden des Doktrinarismus, der sich auf die Verwerfung einzelner Budgetposten oder des ganzen Budgets feste, wir seien „modern“ geworden. Was soll es mit dieser Phrasologie des Kanzlers? In Wirklichkeit handelt es sich um die Lebenskraft des Parlaments selbst; das Steuer- und Budget-Bewilligungsrecht soll hier einfach ad acta gelegt werden, wenn es ein höherer Wunsch so will. Weil es in den Kreisen, die jetzt die Marine beeinflussen, richtig erscheint, daß ganze alte System, die ganze alte Technik der Regierungen und der Parlamente über den Haufen zu werfen, so soll das einzige, leider so eng umschriebene Recht, das das Parlament hat und das es auf höchste vertheidigen muß, das Staatsrecht über den Haufen geworfen werden! Dieses ist allerdings ein Dorn im Auge einflussreicher Leute. Hat der Reichstag nicht im Frühjahr das furchtbare Verbrechen begangen, gegen den Wunsch der Regierung das Extraordinarium statt von 31 auf 70 nur auf 58 Millionen zu erhöhen? Hat er nicht die Kühnheit gehabt, zwei Kreuzer, einen Aviso und eine Torpedodivision abzulehnen? Es wundert mich, daß der Herr Staatssekretär Tirpitz diesem Reichstage den Dank ausgesprochen hat, dafür, daß er doch einiges bewilligt habe. Wenn das ein anderer gewagt hätte! Wir waren allerdings genöthigt, den Text einer berühmten Depesche zu hören: „Das sind die bösen Folgen des Verhaltens jener vaterlandlosen Gesellen, die die Beschaffung der für das Deutsche Reich nothwendigen Kriegsschiffe zu hintertreiben wissen.“ Jetzt bedankt sich Herr Tirpitz bei diesen vaterlandlosen Gesellen! (Heiterkeit links.)

Es ist also Stimmung vorhanden, diesen Reichstag jetzt büssen zu lassen dafür, daß er nicht im Interesse der hohen und höchsten Wünsche, sondern im Interesse der Steuerzahler sich zu entscheiden die Kühnheit gehabt hat. So geht man jetzt an das Staatsrecht. Allerdings, in hohem Maße ist jetzt chinefisch beliebt, man möchte den Reichstag zur chinesischen Paga de machen, der zu den schwersten Forderungen der Regierung nur bejahend mit dem Kopfe nickt. (Sehr richtig links.) Wenn diese Flottenvorlage Gesetz wird, dann hat der

Reichstag seinen Einfluß zu Abweichungen ohne Erlaubnis und Einwilligung der Regierung mehr. Aber dieser Reichstag, mein Gott, der hat nur noch ein kurzes Leben, wenn er eines natürlichen Todes stirbt, falls nicht fürstliche Hoheit mit der roten Kappe vorherkommt. Aber wir binden auch den nächstfolgenden und alle nachfolgenden Reichstage durch die gesetzliche Fesselung der Flottenstärke, denn dann müssen die kommenden Reichstage alle notwendigen Ersatzbauten, um diese in der gesetzlichen Stärke festzuhalten, weiter bewilligen und so fort bis ins Unendliche. Es handelt sich auch ferner darum, daß der Umfang der Indiensthaltung und der Stärke der Mannschaften gesetzlich festgelegt wird. So soll dem Reichstag Stück für Stück seiner Machtvollkommenheiten — und deren sind nicht viele — genommen werden. Es ist System, Plan in diesem Verfahren. Man weiß, daß eine kleine, aber mächtige Gruppe seit Jahren schon planmäßig agitiert gegen die Autorität des Parlamentes (Sehr richtig! links), man weiß, daß sehr hervorragende Kreise durch die Presse, durch Flugblätter, Broschüren, Depeschen, Ansprachen, Reden den Reichstag in der öffentlichen Meinung herabzusetzen versuchen. (Sehr richtig! links.) Es ist deshalb Selbsthaltungspflicht des Parlamentes, diesem Anschlag auf das Budgetrecht Widerstand zu leisten. Lassen wir doch die Regierung in ihren Akten, Denkschriften und Erlassen selber reden. Es soll ein Fehler im System gewesen sein und jetzt habe man endlich den richtigen Weg eingeschlagen. Es ist doch sonderbar, daß bis heute so und so viele ausgezeichnete Fachmänner, daß die früheren Reichskanzler alle in diesem schweren Fehler des Systems befangen gewesen sind, daß nun mit einem Schlage der homo novus, der neue Mann, kommt und zeigt, wie die Sache gemacht werden muß, — dadurch, daß er einen Anschlag auf das Staatsrecht verübt! Ein solche Fesselung, ein auf lange Zeit festgesetzter Flottenplan, auf lange Zeit wurde bisher gerade von der Regierung selbst als nicht dem Interesse der Marine, den Bedürfnissen Deutschlands entsprechend hingestellt. Das ist schon in der Denkschrift von 1867 und dann wieder in der von 1884 ausdrücklich betont worden. Graf Caprivi hat dasselbe 1893 bei der Beratung der Militärvorlage gesagt, und der Staatssekretär v. Hollmann, der Vorgänger des Herrn v. Tirpitz, erklärte am 18. März 1897 im Reichstage:

„Es ist ganz unmöglich, daß Ihnen heute eine Marineverwaltung sagen kann, was wir nach zehn Jahren brauchen; sie kann es nur für die Gegenwart Ihnen mitteilen, und wenn sich die Verhältnisse ändern, dann werden sich auch die Forderungen ändern.“

So geht es von Anfang an, seit wir überhaupt über Flottenangelegenheiten im Reichstage beraten, bis zum März 1897, und jetzt mit einem Schlage kommt man uns mit großen Flottenplänen, mit einer vollkommenen Veränderung des Vorgehens. Wie wird dieser plötzliche Wechsel verteidigt? Man sucht vor allen Dingen die große Masse der ruhigen Bürger durch die Erweckung von phantastischen Vorstellungen zu erregen. Es hat mich eigentümlich berührt, als der Kanzler heute sagte, das Landheer habe allerdings ruhmreiche Ueberlieferungen, die Flotte aber nicht. Damit wird appelliert an das Prestigebedürfnis, an das Bedürfnis nach Glorie. Diese Wirkung kriegerischer Instinkte berührt uns so eigenartiger, da seit mehreren Jahren die Friedensumgebungen, die Friedens-Rundreisen der Monarchen an der Tagesordnung sind, da eine Thronrede nach der anderen überfließt von Beibehaltung der friedlichen Gesinnung und von Rundgebungen darüber, daß der Friede in der ganzen Welt gesichert sei. Hat man keine besseren Gründe für die Flottenvorlage, so ist es arg um sie bestellt. Aber man hat ja auch dem Handel, dem Unternehmertum Klar zu machen versucht, daß der moderne Seeverkehr unbedingt eine Vermehrung der Kriegsflootten-Stärke erfordert. Es ist nun auffällig, daß die Hauptverstärkung sich nicht auf die Auslandsflotte bezieht, sondern die meisten Mittel gefordert werden für die während der ganzen Dauer des Friedens in der Ost- und Nordsee kreuzende Flotte. Wie steht es nun mit dem Landungsgepenst? Die deutsche Küste, die verteidigt werden muß, hat eine Ausdehnung von 1665 Kilometern, 1365 in der Ostsee, 300 in der Nordsee. Dann kommt Österreich mit 2234 Kilometern, Italien mit 6340, England mit 7003, Frankreich mit 2026, Rußland mit 4200, Nordamerika mit 16 460 Kilometern. Wir haben also die kleinste Küstenausdehnung. In der Denkschrift vom Jahre 1878 wird ausdrücklich ausgeführt, daß die Beschaffenheit unserer Küste so wenig seefähige Landungen unterstützt, daß man die Verteidigung beschränken kann auf diejenigen Deckstellen, die den Gegner besonders locken, z. B. die großen Handelsstädte. Als der Nordostkanal gebaut wurde, hob die Regierung ausdrücklich hervor, daß die kaiserliche Flotte durch ihn an Kriegsfähigkeit bedeutend gewinnen würde. Und damals war Helgoland noch nicht in unseren Händen. Aus der beigegebenen Denkschrift über die deutschen Seerestellen sieht man zu seinem Erstaunen, welche begeisterter Verteidiger des modernen Industrialismus, des modernen Industriestaates, plötzlich dieselbe Regierung geworden ist, die uns die Kunstgehe, das Margarinegesch und die Börse reform gebracht hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokr.) Dieselbe Regierung, die alles gethan hat, um auf dem Gebiete des Handels und der modernen Industrie-Entwicklung Fußfeste, Rollen, Hintertürchen und Hindernisse aufzubauen, dieselbe Regierung, die während ihrer ganzen geschäftlichen Tätigkeit nicht im Zeichen des Verkehrs, sondern im Zeichen der sozialpolitischen Verkehrtheit gestanden hat, singt einen dithyrambischen Hymnus auf die gewaltige Entwicklung unserer Ausfuhrindustrie, die doch den Freunden der Regierung, den Agrariern, ein Dorn im Auge ist. (Sehr gut! links.) Freilich nicht dadurch will sie dem modernen Industriestaat die Bahnen der Entwicklung frei machen, daß sie die zünftlerischen und agrarischen Hindernisse beseitigt, daß sie Arbeiter-Koalitionsrecht und Arbeiterkündigung macht. Nein, dies Aufgebot von individualistischer Begeisterung wird nur deshalb gebraucht, weil man Stimmung machen will in Handels- und Geschäftskreisen für neue Kriegsschiffe. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Agrarier der Denkschrift glauben, so müssen sie sich mit Händen und Füßen gegen eine Marinevorlage wehren, die nach Ansicht der Regierung die Exportindustrie bis zum äußersten emporetreibt. Was nützen aber der modernen Industrie die Hinterländer und Blaujaden der Kriegsmarine? Sie ist groß geworden, ehe wir eine Flotte hatten, sie wird sich weiter entwickeln, ehe diese Flottenvorlage realisiert ist. Der größte Theil der deutschen Ausfuhr geht in die Gebiete mit hoher Zivilisation; fast ein Drittel nach England, seinen Kolonien und Nordamerika. Brauchen unsere Unternehmer und Händler dort besonderen Schutz?

Diese Beweggründe reichen also nicht aus; man sagt ferner, es sei ja nötig, auch die vielen Deutschen über dem Meere zu schützen und die ganze Politik, die Weltpolitik oder, wie man sie nennt, die Politik des größeren Deutschlands, hat ja ihren historischen Ursprung in jener berühmten Fabelrede vom 18. Januar 1896 im Berliner Schloß, worin Deutschland ein Weltreich genannt wird und von der Pflicht gesprochen wird, das größere — äußere — Deutschland auch fest an das heimische anzugliedern. An diese Fabelrede anknüpfend haben die Wasser- und Flottenpatronen sich bemüht, die Phantasien der Weltpolitik in die reale Handgreiflichkeit der Praxis einer Annexion zu übersetzen. Welch' Ausgebot von Kräften für die Marine-Argitation nötig ist, brauche ich Ihnen ja nicht erst zu sagen. Natürlich würde ein eigenes Präbureau für die Marine gegründet und daß ein wimmelnder Schwarm von Marinereverendern durch das Land zog, ist auch bekannt und — was wird Herr v. Stumm und alle Leute, die auf die Universitätsprofessoren so ärgerlich sind, sagen? — selbst Universitätsprofessoren haben sich gefunden, das Amtamt für die Presse zu schlagen und sogar — das wird Herrn Stumm besonders interessieren — sogar der Schwager des Herrn Schmolzer, Herr Rathgen, detoniert in einem Artikel über unsere Handelsbeziehungen zu England mit einem Hymnus auf eine größere Flotte. Dann fehlt auch nicht der Kronjurist Herr Laband, der Spezialist für ramponierte Thronfolge. (Große Heiterkeit.) Man

braucht Herrn Laband nicht zu sehr zu überschätzen; er kann für sich mit vollem Recht in Anspruch nehmen, was ein bekannter Organistator der Berliner Reklame, Herr v. Schirp in Anspruch nimmt: Professor Laband macht alles. Es fehlt wirklich nur die Symphonie der Marine, ein Marineschauspiel und eine Marineoper. Eine Probe von dem, was zu erwarten ist, ist ja unter kleiner Zwischenfall in China — in Paiti ist nicht Rechtes drauß geworden, der Fall Lüders ließ sich nicht recht aufbauen. Aber bezüglich Chinas galt es vielleicht, auch eine große und kluge Partei zu organisieren, die hier entscheidend mitreden hat und die besonders für die Missionare eingenommen ist. Dem Kern der Sache hatte vornehmlich auch die „Kreuzzeitung“ sofort erfaßt. Sie hat allerdings den Tod der Missionare bedauert, hat aber die Gelegenheit, diesen Tod zu sähen, zugleich für günstig erklärt, ein gutes Kontraktionsgeschäft zu machen. Meine Herren, es ist selbstverständlich, daß die Missionare der Sympathie aller gewiß sein konnten, und daß die Regierung, soweit sie vermag, Sühne für ihren Tod schafft. Aber darum braucht man doch nicht ans Annehmen zu gehen. Es geht auch ohne dieses, wie es auch vor zwei Jahren, als dieselbe Geschichte in China passirt war, ohne Annexion gegangen ist, ohne Paarm, ohne Geschwaderentsendung und ohne Kohlenstation. Das jetzige Vorgehen ist allerdings ein erster Schritt zu dem „größeren Deutschland.“ Aber was dieser Riao-Tschou-Hafen uns noch einmal kosten kann, zu welcher schweren internationalen Verwickelungen wir durch dieses chinesische Abenteuer kommen können, steht auf einem anderen Blatt! (Sehr richtig! links.) Daß der Zweibund uns so lebenswichtig sekundiert, wenn wir uns in China festnageln, ist nicht wunderbar, zumal wir mit der Macht, die in China die stärksten Interessen hat, mit England, aber kurz oder lang auch in Handel kommen können wegen der Annexion in China. Und hat man endlich vergessen, daß es ein Japan giebt, dessen Siegeslauf wir f. Z. mit Frankreich und Rußland verhindern, und daß die Japaner vor den Kopf gestoßen und provoziert worden sind? Die japanischen Panzer sind auch ganz klein, sie könnten an einem kritischen Tage unserer neuen Flottenstation in Riao-Tschou gefährlich werden.

Diese Bedenken werden immer gewichtiger, wenn man sich sagt, daß dieser Versuch ja doch nur erst der Anfang sein könnte und daß man vielleicht weit größere Pläne im Hintergrunde hat. Flotten-Weltpolitik zu treiben, sind wir, meine ich, gar nicht befähigt, da wir keine Seemacht sind. Aber die Flottenpolitik wird gewünscht von einflussreichen Kreisen. Die Flottenpolitik bietet vielleicht die Bahn für die Behauptung eines starken Thatendranges und eines sehr energischen Prestigebedürfnisses, die anderwärts nicht zu befriedigen sind. (Sehr gut! links.) Man glaube nicht, daß bloß auf dem Throne der Zäsuren Romantiker gefessen haben; die Romantik spielt auch heute eine große Rolle im öffentlichen Leben, die Romantik, die mit einem Auge zurückschaut auf ein goldenes Mittelalter mit dem fähigen Ritterthum und den Kreuzfahrern, die nach Jerusalem zogen, halb Krieger, halb Pilger (Lachen rechts), die Romantik, die in das Wollentuchschleim einer undurchsichtigen Weltflottenpolitik hinaufstrebt und die allerdings alle Ursache hat, von diesen Vaterlandsklofen Gesellen hier zu sprechen, die die Interessen der Romantik mit Füßen treten. Wir haben nun alle Ursache, dafür zu sorgen, daß diese gefährliche Romantik keine realpolitische Bedeutung gewinnt. Wie stehen denn die Dinge? Die oberen Zehntausend eilen jetzt von einem Sport zum andern. Zuerst hatten wir den Arbeiter-Sport — damals triebste die Byzantiner davon, heute kundet kein Kanzler, keine Thronrede von Sozialpolitik. Dann hatten wir den Mittelstandssport, den Sport, dann den Friedens-Entrevue-Sport und heute sind wir beim Weltpolitik und Godelsport. Der jähe Wechsel der Kurrichtung ist eben Geseh; die unvermittelte Aufeinanderfolge der schroffen Widersprüche ist Regel; die Pöhllichkeit ist Geseh. Der ganze soziale und politische Organismus kränkt und steht an dieser durch und durch neurotischen Kreuz- und Querregiererei. Gegenüber diesen Zuständen heißt es allerdings feststellen, daß alle diese Erscheinungen nur ausstrahlen aus dem Zentrum dieser ganzen Bewegung, aus dem immer mächtiger aufkommenden persönlichen Regiment, das ohne ministerielle Bekleidungsstücke auf die Bühne tritt und eingreift in die Geschichte des öffentlichen Lebens. Dies persönliche Regiment bringt uns als Weihnachtsgabe ein Flottengesetz, das zugleich den ersten Schlag des persönlichen Regiments gegen das Budgetrecht des deutschen Parlaments in sich schließt. (Sehr richtig! links.) Dieser Kampf wird ein entscheidender sein zwischen den konstitutionellen Mächten, hinter denen das Volk steht, und den absolutistischen Strömungen, die vertiegt sind in zäsurischen Hochmuth.

Wenn der Reichstag diese Flottenvorlage bewilligt, zahlt er die erste Abschlagszahlung aus persönlicher Regiments. Ist aber erst diese Abschlagszahlung gemacht, dann kommt der Appetit beim Essen. Die Reizbarkeit gegen den kleinsten Widerspruch nimmt immer mehr zu. Die Größenvorstellungen werden immer expansiver, das Machtbewußtsein steigt, und eines Tages wird man sich nicht mehr zufrieden geben mit dem zertrümmerten Budgetrecht des Reichstages, man wird die ganze alte Form des Parlamentarismus, das allgemeine Wahlrecht zu zertrümmern versuchen, und dann tauchen auf die neuen Apellen der Firma Stumm und Kompagnie: Staatsstreich und Verfassungsbruch! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts!)

Meine Herren! Gegenüber diesen Versuchen haben wir allerdings unseren Entschluß leicht und endgültig gefaßt: Wir lehnen diese Flottenvorlage ab! Einem solchen System des persönlichen Regiments auch nur einen Mann und einen Groschen zu bewilligen, das heißt der schwerste Frevel an den höchsten Lebensinteressen des arbeitenden Volkes! (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten. Zischen rechts!)

Staatssekretär Tirpitz: Der Herr Vorredner hat vorhin auf eine Notiz im „Reichs-Anzeiger“ Bezug genommen, in der es hieß: Der Admiral Tirpitz ist kein verantwortlicher Offizier und hat keinen Flottenplan eingereicht. Das stimmt vollkommen. Der Admiral Tirpitz war im vorigen Jahre dem Reichstage noch nicht verantwortlich und hat keinen Flottenplan eingereicht. Daß er im übrigen als der Chef des Stabes an der Entwicklung der Marine regsten Antheil genommen, können Sie ihm wohl nicht verdenken.

Reichssekretär v. Thielmann giebt an der Hand der Vorlage eine Darlegung der finanziellen Wirkungen des Flottenplanes. Es komme nicht auf die sprunghafte Entwicklung in den einzelnen Jahren an, sondern auf die Gesamtsummierung im ganzen Plane und es frage sich nur, ob diese das Reich ertragen kann. Die Finanzlage sei aber aus günstig. Für die kommenden Jahre seien sehr bedeutende Steigerungen der Einnahmen zu erwarten. Die Mehrausgaben für die Marine würden sich ohne Zwang in das Bild des Etats einfügen. Es ist in der Presse und auch heute hier gesagt worden, daß Flottengesetz bedeute den Bruch des Staatsrechts. Dann habe der Reichstag auch beim Militär-Septennat das Staatsrecht gebrochen. Der Artikel 71 der Verfassung lasse außerdem eine Bewilligung von Geldern auf längere Zeit durchaus zu. Die finanzielle Möglichkeit, den Flottenplan durchzuführen, sei für ihn außer Zweifel.

Abg. Graf von Limburg-Stirum (l.): Der Herr Abgeordnete hat immerfort von einem persönlichen Regiment gesprochen. Ein persönliches Regiment ist doch ein solches, das ohne jede Bindung von anderer Seite regiert. Davon ist bei uns keine Rede. Durch den Flottenplan ist die Regierung gebunden, in den nächsten sieben Jahren nicht mehr zu fordern als in der Vorlage steht. (Lachen links.) Höhnische Rufe: Sehr richtig! Unter normalen Verhältnissen würde ich die Vorlage nicht für nötig halten. Unsere Verhältnisse sind aber nicht normale. Wer eine gute Marine will, sollte der Flottenvorlage geneigt sein. Die Vorlage stellt eine große moralische Bindung beider Theile dar, nur eine moralische. Die Verhältnisse haben sich aber so geändert, daß wir diese moralische Bindung eingehen müssen. (Lachen links.) In England werden viel größere thatächliche Bindungen verlangt. Der Reichssekretär hat zutreffend ausgeführt,

daß das Budgetrecht des Reichstages durch die Vorlage nicht berührt wird. Natürlich kommt es darauf an, was man unter Budgetrecht versteht. (Heiterkeit.) Von einem Budgetrecht, daß, wie in England die Krone zwingt, Minister zu berufen, die dem Parlament genehm sind, ist bei uns aber keine Rede. — Es handelt sich hier aber noch um eine weitere Frage, um die der Courtoisie, ob wir den kommenden Reichstag durch unsere Beschlüsse binden sollen. Nun, ich meine, dies können wir ruhig thun, denn es ist durchaus anzunehmen, daß auch der kommende Reichstag bereit sein wird, das notwendige für die Marine zu bewilligen. Allerdings sind einige meiner Freunde anderer Meinung, sie meinen, daß man dem kommenden Hause nicht präjudizieren dürfe. Ich betone jedoch, daß das die Minorität ist. — Im allgemeinen bin ich der Meinung, daß die heutigen Verhältnisse eine starke Flotte erfordern, insbesondere müssen wir für den Fall eines Krieges gerüthet sei. Denken Sie doch nur daran, daß heute das Privateigenthum zur See im Kriege nicht geschützt ist. Wir werden also in unserer Majorität für die Vorlage stimmen, obgleich dieselbe vorzugsweise dem Handel zu gute kommt. Wir erwarten aber, daß diese von uns geübte Solidarität auch von der anderen Seite anerkannt wird (sehr wahr! rechts) und es endlich ein Ende hat mit der Unterdrückung der Landwirtschaft und damit, daß man die Landwirtschaft den Handelsinteressen opfert. (Beifall rechts.) Man sollte zu der klugen Politik Bismarcks zurückkehren und den Standpunkt verlassen, daß Deutschland ein Industriestaat ist. — Uebrigens muß ich gestehen, daß ich eigentlich überrascht war, daß die Regierung nur so wenig gefordert hat. Wenn dieselbe aber der Ueberzeugung ist, mit dem Verlangten auskommen zu können, so verkaufen wir ihr. Wir müssen endlich in die Lage kommen, im Auslande stark, wenn es erforderlich ist, unsere Macht zu repräsentieren! Ich erinnere da nur an Griechenland und Korea, Haiti etc. Auf die Phantasien des Abg. Schoenlant, der in solcher Machtentfaltung gleich eine große Eroberungspolitik sieht, kann ich mich nicht einlassen. Nehmen Sie die Vorlage an und bedenken Sie, welchen schlimmen Eindruck die Ablehnung derselben im Auslande machen würde. Wie sehr die Meinungen auch bezüglich der Verhältnisse im Innern auseinandergehen, dem Auslande gegenüber müssen wir stets geschlossen zusammengehen. (Beifall rechts.)

Staatssekretär im Reichsamt des Innern Graf v. Posadowski: Der Abgeordnete Schoenlant hat es so dargestellt, als ob die Sozialdemokratie mitfammi der Mehrheit bisher alle Marineforderungen bewilligt habe, und als ob die Sozialdemokratie einen Grund hätte, um in dieser Vorlage ein Mißtrauensvotum für die Zukunft zu erheben. So viel ich weiß, hat die Sozialdemokratie bisher alle Flottenforderungen abgelehnt. (Sehr richtig! rechts.) Daß wir diese Partei überhaupt für nationale Fragen gewinnen könnten, darauf hat, glaube ich, die Regierung mitfammi der Mehrheit dieses Hauses von vornherein verzichtet. (Sehr wahr! rechts.) Man muß sich doch bei einer Frage von so hoher Wichtigkeit einfach sagen: Ist die Forderung berechtigt und können wir die Mittel aufbringen? Ich meine, die Bewilligung der Vorlage ist eine Nothwendigkeit im Interesse unseres Handels und unserer ausländischen Interessen im allgemeinen. Wenn der Abg. Schoenlant die Vorlage in dem Bilde geradezu eines Attentats auf die bestehende Verfassung des Hauses hingestellt hat, so ist mir diese Auffassung überhaupt nicht recht erfindlich. Wie kann man von einem Bruch des Staatsrechts reden, wenn hier im verfassungsmäßigen Rahmen die Zustimmung für ein organisatorisches Gesetz erteilt wird? — Die Marine ist ein wichtiger Faktor für den Krieg geworden und deshalb muß auch von ihr der Satz gelten: Si vis pacem, para bellum (Wenn Du den Frieden willst, bereite den Krieg vor). Demgegenüber denken wir durchaus nicht daran, über den Marinerausstellungen die sozialen Fragen zu ver-gessen. Die diesbezüglichen Befürchtungen des Abg. Schoenlant sind müßig. Der Abg. Schoenlant hat endlich eine Reihe vergrößerter Welle nach einer gewissen Stelle gerichtet. Auf seine Ausserungen im einzelnen will ich mich nicht einlassen. Eins aber kann ich doch sagen: Wenn er gesagt hat, es schiene so, als ob man an irgend einer Stelle absolutistische Neigungen hegte, als ob es nur eine Frage der Zeit sei, einen prinzipiellen Kampf gegen den Reichstag zu führen, so muß ich ihm doch erwidern: Wenn jemals in diesem Hause sich eine Mehrheit finden wird, die befehlt ist von den Auffassungen, die uns in dieser großen nationalen Frage heute der Herr Abg. Schoenlant zu extremen geben hat, so wird es keines Altes des Absolutismus bedürfen, um den Parlamentarismus zu vernichten, dann wird er von selbst fürzen, weil er seine innere nationale Lebenskraft verloren hat. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten. — Lebhafter Beifall rechts.)

Staatssekretär im Auswärtigen Amt v. Bülow: Die heutigen Debatten haben vielfach zwei akute Fragen der auswärtigen Politik berührt, einmal den Fall Lüders und zweitens den Zwischenfall mit China. Ich muß mir mit Rücksicht auf die schwebenden diplomatischen Verhandlungen allerdings im Augenblick Zurückhaltung anerkennen, kann aber folgendes erklären: Rückichtlich der Streitfrage mit Haiti haben wir uns nicht zufrieden gegeben mit der Freilassung des Lüders, vielmehr betrachteten wir es als unser Recht und unsere Pflicht, als Äquivalent für die unbillige der Haitianer Gesetzgebung, Verfassung und dem Völkerecht gleichmäßig widersprechende Einkerkelung eines Deutschen eine angemessene Genugthuung und Entschädigung zu verlangen. (Beifall.) Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Regierung von Haiti nicht länger zögern wird, unsere Forderungen zu erfüllen, die ebenso wohlbegründet wie maßvoll sind, und ich gebe mich dieser Hoffnung um so lieber und bestimmter hin, als wir nicht nur das gute Recht auf unserer Seite haben, sondern auch den Willen und die Macht, unserem Rechte Geltung zu verschaffen. (Beifall.) — Zu Oskisten, scheint der Abg. Schoenlant zu fürchten, könnten wir uns in Abenteuer fürzen. Nun, ich meine, der Reichskanzler ist nicht der Mann, der sich unnötig in Abenteuer fürzen könnte. Aber es kann sich allerdings nicht empfehlen, es zuzulassen, daß Deutschland in Zukunftreichen vor anderen Reichen sich aufgeschlossen sehen muß. Die Zeiten der Montrosdoktrin sind vorüber. (Beifall.) — Die Entsendung unserer Schiffe nach China ist erfolgt, um volle Sühne für die Ermordung der Missionare zu erlangen und um auch eine Sicherheit gegen die Wiederkehr solcher Vorkommnisse zu erlangen. In beiden Richtungen schweben Verhandlungen und das legt mir die Pflicht auf, meine Worte sehr sorgsam abzuwägen. Ich kann aber doch folgendes sagen: Wir sind gegenüber China erfüllt von wohlwollenden freundschaftlichen Absichten (Lachen bei den Sozialdemokraten), wir wollen es weder brüskieren noch provozieren. Die Befehung der Bucht von Riao-Tschou ist auf das schonendste durchgeführt; wir wünschen auch die Fortdauer gegenseitiger Freundschaft. Aber die Voraussetzung hierfür ist die Achtung der gegenseitigen Rechte und die Niedermehrung der deutschen Missionare war ein Grund für unser Einschreiten, denn die Deutschen sind in China nicht vogelfrei. Ich hoffe, daß die Unterhandlungen, welche nicht nur wegen der Ermordung der Missionare, sondern auch wegen einer Reihe anderer Beschwerdenpunkte schweben, zu einem glücklichen Ende führen werden. Wir können aber nicht zugeben, daß sich die Meinung festsetze, uns gegenüber sei mehr erlandt als anderen gegenüber (Sehr wahr!), denn wir verlangen, daß wir in China gerade so geachtet werden, wie andere Mächte. (Beifall.) Wir sind endlich weit entfernt, in China irgend einer andern Großmacht zu nahe treten oder entgegenzutreten zu wollen, in der sicheren Voraussicht allerdings, daß auch unsere Interessen die ihnen gebührende Würdigung finden. Mit einem Wort, wir wollen niemanden in Schatten stellen, wir verlangen aber auch unseren Platz in der Sonne. (Beifall.) Wie find also in Paiti wie in China befreit, ohne unnötige Schärfe, aber auch ohne Schwäche unser Recht und Interesse zu wahren. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Barth (sf. Bg.): Der Flottenplan soll uns eine dauernde Politik der Regierung in Marinefragen verbürgen. Wenn die Regierung aber den Anspruch erhebt, daß ihr eine Volksvertretung auf diesem Wege folgen soll, müßte sie auch auf anderen

Gebieten des wirtschaftlichen Lebens eine dauernde Politik in Aussicht stellen, sie müsste die Gewähr geben, dass eine stetige Handelspolitik, eine stetige Agrarpolitik platzgreift. Die protektionistische Politik müsste aufgegeben werden. Dann würden auch die liberalen Kreise ihr weiter entgegenkommen. Wenn man die engherzigen Anschauungen sieht, die in den Besessen der letzten Jahre zum Ausdruck kommen, die die Weltmachtstellung Deutschlands so gar nicht zum Ausdruck gelangen lassen, dann muß man bedenklich werden. Gerade die überreichen Interessen sind aus der freien gewerblichen Konkurrenz erwachsen. Um sie zu schützen, wird sich mit der Regierung über Verstärkung der Marine reden lassen. Einstweilen ist hier aber noch große Rührigkeit am Platze. Das will ich zugeben, daß die Kriegsstärke mit der Entwicklung der kommerziellen Interessen Schritt halten muß. Es handelt sich also um das Maß, was die Volksvertretung zu bewilligen für notwendig hält. Wir haben uns bisher sehr zurückhaltend und skeptisch verhalten. Auch die Marineverwaltung war bisher recht schwankend und unsicher in ihren Maßbestimmungen. Die fortwährend wechselnde Technik macht das erklärlich. Ich erkläre mir daraus auch den häufigen Wechsel der Ansichten. Jedenfalls hatten die Volksvertreter durchaus recht, in früheren Jahren schärfste Kritik anzulegen. Ich teile nun offen, daß dieser Zustand des Schwankens und der Unsicherheit in dieser Vorlage ausgegeben ist. Ob die Forderungen zu hoch sind, das kann ich jetzt noch nicht beurteilen, wir werden die noch eingehenderen Begründungen in der Kommission hören. Den Eindruck aber macht die Vorlage, daß die Regierung nun vollständig von der Ueberzeugung durchdrungen ist, jetzt das Richtige getroffen zu haben. Ich erkenne der Regierung auch die größere Sachverständigkeit zu. Von solchen Ermüdungen heraus kann ich nicht wie der sozialdemokratische Redner zu einer runden Ablehnung kommen. Für mich ist nur die Frage: Geht es nicht mit weniger Schiffen? Kann nicht mit geringeren Ausgaben das wünschenswerthe Ziel einer ausreichenden Flotte erreicht werden. Es fragt sich, ob nicht die Kreuzer den großen Panzerschiffen vorzuziehen sind. Die Bewilligung der Kreuzer wird weniger Schwierigkeiten machen als die großen Schlachtschiffe. Diese letzteren sind im offenen Seegefecht nicht zu gebrauchen, sie stellen mehr eine Parade-Flotte dar. Die Marineverwaltung wird es nicht ganz leicht haben, die Forderungen im ganzen Umfange durchzuführen. Aber ich kann für mich und meine sämtlichen Freunde erklären, daß wir nicht daran denken, die Vorlage etwa a limbo abzuweisen. Freilich gegen die etablierte Bindung sind die entschiedensten Bedenken geltend zu machen. Die Regierung bindet sich meines Erachtens selbst durch das Septennat zu sehr. Vielleicht stellt es sich in den nächsten Jahren heraus, daß die Regierung nicht mehr auskommen vermag mit dem, was sie heute verlangt. Wenn auch in der Technik jetzt eine gewisse Ruhe eingetreten sein mag, eine neue Erfindung kann doch jeden Moment alles wieder revolutionieren. Wenn die Regierung gezwungen ist, in jedem Jahre den Beweis zu führen, daß der einmal vorgelegte Flottenplan noch das Notwendige und Unumgängliche fordert, dann wird sie es dem Reichstage gegenüber viel leichter haben. Hat der folgende Reichstag aber nur noch formale Bewilligungen zu vollziehen, so wird das innere Interesse an der Marine erlahmen und jedes Jahr eine Quelle von Intriguen und Unzufriedenheit vorhanden sein. Es kommt hinzu, daß dieser Reichstag am Ende seiner Legislaturperiode steht. Es genügt doch, diesen Reichstag grundsätzlich zu befragen, ob er diesem Flottenplan zustimmen will. Der andere Reichstag möge sich dann selbstständig entscheiden, ihn möge man nicht als bloße formale Bewilligungsmaschine benutzen. Ich halte es für verfehlt, dieses Flottengesetz dem jetzigen Reichstag einzulegen. Die Frage, ob der Flottenplan an sich gut sei, ist eine andere. Der Versuch, dieses Gesetz jetzt schon durchzusetzen, würde auch vom Standpunkte der Regierung aus verfehlt sein.

Abg. Dr. Jagdewski (Pole) erklärt, daß er und seine Freunde der Vorlage nicht zustimmen würden. Eine solche Verstärkung der Flotte sei nicht notwendig. Dem jetzigen Flottengesetz widersprechen frühere Ausführungen des Reichstages diametral. In einer Zeit, wo alle wirtschaftlichen Kreise über zu hohe Steuern klagen, dürfe man nicht ungehörte Millionen für Schiffe bewilligen. Er begreife es, daß die Regierung Mittel erheische, um die Missionare in fremden Ländern schützen zu können. Aber dieselben Missionare würden im Inlande nicht geschätzt, sie würden aus dem Vaterlande vertrieben. (Sehr richtig bei den Polen und im Zentrum.) Vor allen Dingen also Schutz den Missionaren im Inlande. Die polnische Fraktion des deutschen Reichstages habe eine sehr schwere Stellung. Seit dem Regiment des Fürsten Bismarck habe man die Polen als Reichsfeinde hingestellt. Trotzdem seien die Polen der Regierung in Militärfragen oft entgegengekommen. Was sei aber der Dank dafür gewesen? Die preussische Regierung habe die Polen feindseliger denn je behandelt. Die Mißstimmung sei dadurch bei den Polen stark gemacht; gerade diese Mißstimmung in der polnischen Bevölkerung verbiete es den Abgeordneten, auch in sachlichen Fragen das politische Moment außer acht zu lassen. Das natürliche und verbriefte Recht der Polen werde von der preussischen Regierung mit Füßen getreten. (Widerpruch rechts und bei den Nationalliberalen. Beifall im Zentrum und links.) Wir gönnen dem Reiche, was des Reiches ist, wir geben dem Kaiser, was des Kaisers ist, aber wir verlangen auch von der Regierung des Kaisers, daß unsere Rechte respektiert werden. Ich resümiere: Wir werden die Vorlage in dem jetzigen Umfang und der jetzigen Form ablehnen. Wir werden uns aber an den Kommissionsberatungen beteiligen und mit Freuden bewilligen, was wir zum Schutze der deutschen Wehrkraft für notwendig halten. (Beifall bei den Polen.)

Staatssekretär Graf v. Posadowski: Ich hätte gewünscht, daß der Redner seine Angriffe auf die preussische Staatsregierung nicht hier im Reichstag vorgebracht hätte. Wenn er aber gefagt hat, die preussische Regierung trete die Rechte der polnischen Bevölkerung mit Füßen, so muß ich diesen Ausdruck als unzulässig und unbecarigt zurückweisen. (Beifall rechts.) Ein Vertagungsantrag wird hierauf angenommen. Persönlich bemerkt

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.): Der Abg. Dr. Schoenlant hat durch seine Rede wieder einmal bewiesen, daß die Sozialdemokraten keine Rede halten können, ohne dabei meinen Namen zu nennen. Ich freue mich darüber, daß ich auch in dieser Session auf jene Herren wie das bekannte rote Tuch wirke. (Lachen.)

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung; Interpellation Waffermann wegen der auf Monopolisierung des deutschen Petroleumhandels gerichteten Bestrebungen der Standard Oil Company.) Schluß 5 1/2 Uhr.

### Tokales.

Achtung, erster Wahlkreis! Am Mittwoch findet in Cohn's Hofkeller, Behnstr. 20/21 (kleiner Saal), eine Wahlvereinsversammlung statt, wozu die Genossen des ersten Wahlkreises freundlich eingeladen werden. Genosse Calver wird über das Thema „Flottenpläne und Marinetchnik“ referieren. (Siehe Annonce.) Der Vorstand.

Die Frauen und Mädchen im Stadtteil Moabit werden dringend auf den Besuch der am Mittwoch in der Kronenbrauerei, Alt-Moabit 47/49, stattfindenden Versammlung hingewiesen. In derselben wird Parteigenosse Dr. Friedberg über die sogenannte sozialpolitische Gesetzgebung referieren. Parteigenossinnen, agilit für zahlreiche Besuch dieser Versammlung!

Umbauten und Neubauten innerhalb Berlins spielen natürlich auch diesmal im Reichsetat eine große Rolle. So soll der Bau des Präsidialgebäudes für den Reichstag, für welches der Grunderwerb im Jahre 1897/98 erfolgt ist, mit Beginn des Rechnungsjahres 1898 in Angriff genommen werden und zwar werden in diesem Jahre die Gründungsarbeiten und ein Teil des Rohbaues zur Ausführung gelangen. Hierfür wird ein Betrag von 800 000 M. gefordert. Wie hoch sich die gesamten Kosten des Baues bestim�en werden, steht noch nicht fest. Das Gebäude soll lediglich je eine Wohnung für den Prääsidenten und für den Direktor enthalten. — Der Geschäftsumfang der Reichsdruckerei hat in allen Betriebszweigen und namentlich infolge der fortwährenden Steigerung des Bedarfs der Reichs- und Staatsbehörden an geldwerthen und geheimen Drucksachen derart zugenommen, daß die vorhandenen Betriebsräume nicht mehr ausreichen. Eine weitere erhebliche Zunahme ist mit Sicherheit zu erwarten. Dem vorliegenden dringenden Bedürfnisse nach Raumvermehrung läßt sich nach der Etatsbegünstigung nur durch Dinzukauf eines Nachbargrundstücks Rechnung tragen. Es wird deshalb beabsichtigt, das städtische Schulgrundstück Alte Jakobstr. 112, welches tief in das Reichsdruckergrundstück einschneidet und den Hauptteil des letzteren von den Werkstattsträumen Alte Jakobstr. 110/111 trennt, thumlichst bald anzukaufen. Der Kaufpreis beträgt 260 200 M. — Auf dem Telegraphen-Grundstück an der Französischen, Jäger- und Oberwallstraße befindet sich bekanntlich das Haupt-Telegraphenamt, das Haupt-Fernsprechamt, sowie die größte der Berliner Fernsprech-Vermittlungsanstalten, welcher letzteren außer dem Stadtverkehr des eigenen Bezirks auch der gesamte Sprechverkehr auf den von Berlin ausgehenden Fernleitungen zugewiesen ist. Die Hughes- und Morsefäden des Haupttelegraphenamts liegen in dem in den Jahren 1877 und 1878 errichteten Gebäude Jägerstraße 43/44 und haben zuletzt im Jahre 1888 in beschränktem Maße eine Erweiterung dadurch erfahren, daß die bis dahin für Verwaltungszwecke benutzten Räume für den Apparatdienst verwandelt wurden. Trotzdem ist infolge der Verkehrssteigerung — das Berliner Haupttelegraphenamt bildet den Mittelpunkt für den gesamten telegraphischen Verkehr des Reiches — eine „erdrende Enge“ in den Betriebsstellen eingetreten. Auch bei der Fernsprech-Vermittlungsanstalt ist die Beengtheit der Betriebsräume so groß, daß zur Beseitigung völlig unhaltbar gewordener Zustände in dem Gebäude, räumlich getrennt von dem großen Betriebsaal, eine Hilfsanstalt eingerichtet worden ist. Diese Einrichtung ist wegen der mit ihr verbundenen erheblichen Betriebserschwerungen nur ein äußerster Nothbehelf. Die Nebenräume der Vermittlungsanstalt sind ebenfalls sehr mangelhaft. Die ganze Anlage entspricht nicht entfernt den Anforderungen, welche in räumlicher Beziehung an eine so bedeutende Vermittlungsanstalt zu stellen sind, zumal der Haupt-Betriebsaal, in welchem zurzeit 180 Fernsprech-Gebühren zugleich beschäftigt sind, mit seinen Nebenräumen nur durch Ausbau des Dachgeschosses gewonnen worden ist. Hiernach — heißt es im Etat — ist es notwendig, sowohl für das Haupt-Telegraphenamt, als auch für die Vermittlungsanstalt, bei welcher noch auf eine Reihe von Jahren hinaus auf eine fortschreitende starke Vermehrung der Anschlüsse zu rechnen ist, einen umfangreichen Erweiterungsbau auszuführen. Ein solcher kann aber in zweckmäßiger und ausdauerlicher Weise nur durch Dinzunahme des Oberwallstr. 5 belegen, in das Telegraphengrundstück tief einspringenden Grundstückes der von Robit'schen Stiftung ermöglicht werden. Die Reichs-Postverwaltung hat sich deshalb vorbehaltlich der verfassungsmäßigen Genehmigung das Recht gesichert, das Stiftungsgrundstück zum 1. April 1898 anzukaufen. Es ist in Aussicht genommen, auf den Grundstücken Jägerstraße 42 und Oberwallstraße 5 einen Neubau auszuführen, der in seinen unteren Geschossen vornehmlich die nötige Erweiterung für das Haupttelegraphenamt gewährt, während darüber unter Hinzunahme des oberen Geschosses von dem Grundstück Jägerstr. 43/44 ein einheitlicher und geräumiger Betriebsaal für den Stadt-Fernsprechverkehr mit einem gegenüber dem jetzigen Betriebsaal auf das doppelte erhöhte Fassungsvermögen hergestellt werden soll. Der jetzige Betriebsaal wird demnach für den Fernverkehr nach auswärts verwendet werden. Die Baukosten sind einschließlich der Plan- und Modellarbeiten auf 478 000 M. veranschlagt, wovon im ersten Baujahre 80 000 M. erforderlich sein sollen. Für das Rechnungsjahr 1898 sind neben dieser Summe 467 000 M. für den Grunderwerb, 14 625 M. zur Vergütung des Kaufgeldrestes und 7000 M. an Stempel- und sonstigen der Postverwaltung zur Last fallenden Nebenkosten, im ganzen also 568 625 M., vorzusehen. Neue Dienstwohnungen sollen nicht eingerichtet werden.

Mit einer hübschen Verkehrsenheit werden wir in dem heute eröffneten Postamt überrascht, das im Reichs-Postamt, Eingang Mauerstraße, wie schon gemeldet, eingerichtet ist. In der Schalterhalle sieht ein in Holz ausgeführtes vieredriges Verkaufsbüschchen für den Postwertzeichen-Verkauf. Die Vorderseite hat das Verkaufschalter, die Hinterseite die Eingangsbüschchen für den Beamten — männlichen oder weiblichen Geschlechts ist noch nicht zu erkennen, da das Häuschen noch nicht dem Verkehr übergeben ist —, an der rechten Seite ist ein Pult, auf dem das Berliner Adressbuch an einer niedlichen Kette ausliegt, an der senkrechten Seitenwand selbst hat man den Plan von Berlin vor sich und daneben, wiederum geschmackvoll eingebunden, das Berliner Straßenverzeichnis. An der linken Seite des Häuschchens liegt das Kursbuch, das im Reichspostamt bearbeitet wird, auf einem Pulte aus und an der zugehörigen Wand erblickt man zugleich die Eisenbahnkarte, die zu diesem Zwecke gedruckt. Das Häuschen selbst ist in einfachen, aber ansprechenden Formen der Holz-Architektur ausgeführt. Die ganze Idee verspricht, wenn sie erst auf andere Postämter mit starkem Verkehr übertragen wird, eine nützliche Einrichtung besonders auch für den Arbeiter zu werden, der seine beschriebenen Wünsche nach einzelnen Karten und Briefmarken schnell befriedigen kann und nicht mehr warten braucht, bis der Hausdiener des großen Geschäftsmannes mit seinen zahlreichen Einschreibensenden abgefertigt ist. So viel neuen Bequemlichkeiten möchten wir gerade für das Arbeiter-Publikum noch um eine kleine Weihnachtsbescherung bitten, nicht nur für dieses neue, sondern für alle Postämter, nämlich um einen Datum-Kalender in Form des Abreiß-Kalenders. Der einfache Mann und die durch unsere dürftigen Schulverhältnisse noch einfachere Frau wissen in der Regel kein genaues Datum und lassen es auch auf Briefen fehlen. Mit Erfüllung unserer Bitte würde für viele, die nun lernen das Datum beizugeben, ein ganz kleines Stückchen sozialen Kulturfortschritts geschaffen.

Die neue Schalterhalle selbst macht durch ihre sonstige Ausstattung einen durchaus angenehmen, fast vornehmen Eindruck, selbst die Zintenfässer sind modern als Kipp-Gefäße konstruiert und können gegen Staub geschützt werden. Wenn es gelingt, Herrn v. Poddiehl's Interesse für's Postwesen so lebhaft anzuregen, daß auch die unteren Postbeamten besser geschätzt werden als bisher, dann gingen wir ja auf diesem Gebiete im Gegenjahre zu vielen anderen einer erfreulichen Zukunft entgegen.

Die Entschädigung der Schulkommissions-Voten zu erhöhen, war in der letzten Versammlung der Schulkommissions-Vorsitzer beantragt worden. Es wurde jedoch, nachdem mehrere Redner dafür bzw. dagegen gesprochen hatten, über den Antrag zur Tagesordnung übergegangen. In einer ganz ähnlichen Angelegenheit hat sich die Vorsteher-Versammlung vor mehreren Jahren ganz anders verhalten. Im Jahre 1893 wurde der Antrag gestellt und von der Versammlung angenommen, die Schuldeputation darum zu ersuchen, daß den Vorstehern für Vergabe von Diensträumen eine monatliche Entschädigung gewährt werde. Als dann die Schuldeputation diesem Verlangen nur teilweise nachfahren wollte, das Magistratskollegium aber es rundweg ablehnte, weil das Amt eines Schulkommissions-Vorsitzers ein Ehrenamt sei, hat die Vorsteher-Versammlung die Angelegenheit lange Zeit hindurch und mit großer Energie durch verschiedene Instanzen verfolgt.

Die „Schrippenkirche“ des Vereins Dienst an Arbeitslosen“ soll in diesem Winter so stark besucht sein, wie nie zuvor. Während in allen früheren Jahren, so lange die „Schrippenkirche“ besteht, die Durchschnittszahl der Besucher pro Sonntag in beiden Abteilungen zusammen stets mehr oder weniger weit hinter 500 zurückgeblieben ist, erscheinen in diesem Jahre, nach einer vom Vorstand des Vereins veröffentlichten Mitteilung, bereits jetzt jeden Sonntag im Vereinssaal am Wedding über 500, im Stadtmissonshaus am Johannistag über 200, also in beiden Abteilungen zusammen über 700 Obdachlose. Außerdem müssen noch viele abgewiesen werden, weil die Säle nicht mehr fassen können. Wie soll es da erst im Januar und Februar werden, wenn die Arbeitslosigkeit noch viel geringer als jetzt ist! Es scheint, als ob die Frommen des „Vereins Dienst an Arbeitslosen“ in diesem Winter mehr als je die herrlichen Früchte der „göttlichen Weltordnung“ kennen lernen sollen, die sie selber mit großem Eifer verteidigen.

Die Verbreiterung der Spandauerstraße von der Probstraße bis zum Molkenmarkt wird durch ein hiesiges Konsortium geplant, welches sich bereits im Besitz von Grundstücken der betreffenden Grundstücke befindet. Es handelt sich um eine Niederlegung der Westseite des Straßenzuges, und zwar der Häuser 86—44. Für die Häuser 83—85 war eine Einigung des Eigentümers mit dem Konsortium nicht zu erreichen, sodas diese die Ecke der Probstraße bildenden Grundstücke (Simon's Apothek) bei der Verbreiterung ausgeschlossen bleiben. Das Konsortium hat an den Magistrat das Gesuchen gerichtet, zu der Verbreiterung 1 000 000 M. Beihilfe zu gewähren, wofür es das zu der Verbreiterung erforderliche Straßensland mientgeltlich abzugeben und zu regulieren verpflichtet. Die städtische Behörde hat zu diesem Plane jedoch die Zustimmung noch nicht gegeben. Ueber den Werth der Grundstücke sei noch erwähnt, das das Haus Nr. 44 mit 13 Quadrat-Ruthen 325 000 M. kostet. Der gegenwärtige Besitzer hat es vor circa 50 Jahren für 12 000 Thaler erworben.

Der Ausschuss zur Vorberathung des Projektes eines Groß-Wasserweges von Berlin-Stettin hat sich am Freitag voriger Woche konstituiert, nachdem die vom Verein für Hebung der Fluß- und Kanal-Schiffahrt angeforderten Gemeinden und Korporationen ihre Vertreter in den Ausschuss entsendet haben. Man hat eine technische und eine wirtschaftliche Sektion eingesetzt. Die erste wird sich zunächst mit der Prüfung der verschiedenen Vorschläge bezüglich der Anlage des Ausgangesbafens zu beschäftigen haben, wobei hauptsächlich das Nomenwiesen, das Müllerstraßen- und das Tegeelersee-Projekt in betracht kommen. Ueber den weiteren Lauf des Wasserweges herrschen keine Meinungsverschiedenheiten.

Der „kupferne“ Sonntag, der erste der drei vor Weihnachten freigegebenen Sonntage, hat die Erwartungen der Geschäftsinhaber im allgemeinen nur wenig erfüllt. So beginnen in den meisten Blättern die Mitteilungen über den Geschäftsverkehr am vorgestrigen Tage. Wann wird die Behörde endlich den kupfernen Sonntag wieder abschaffen?

Ein Standbild des Bildhauers Andreas Schlüter ist gestern in der Säulenhalle des Alten Museums enthüllt worden.

Der Humboldthain soll nächstens eine Schauhalle, ähnlich der im Zoologischen Garten befindlichen erhalten. Auch die sogenannte geologische Wand des Haines soll eine weitere Ausgestaltung erfahren. Durch das Vorking-Denkmal wird der schöne Park einen monumentalen Schmuck erhalten, der dieser Erholungsstätte des Nordens zur besonderen Zierde gereichen dürfte.

Die Abholung der Pakete aus den größeren Geschäften durch die Post, welche laut unserer Mitteilung im Westbezirke des Hauptpostamtes für kleinere Pakete bis zu 5 Kilo eingerichtet war, ist auch auf den Bezirk des Postamtes SW. 19 in der Beuthstraße ausgedehnt worden. Die Frage, ob die Einrichtung noch eine weitere Ausdehnung erfahren soll, hängt von dem Umfange ab, in welchem sie von seiten der Geschäftswelt in Anspruch genommen werden wird.

Sicherung gegen Fahrraddiebstahl. Ein hiesiger Einwohner, der zum Schutze von Fahrrädern gegen Diebstahl einen automatisch arbeitenden Apparat erfunden, hat sich mit der Bitte an das Polizei-Präsidium und den Magistrat gewendet, ihm die Anbringung seines Apparates an den Häusern zu gestatten. Der Apparat besteht im Wesentlichen aus einer Krampe, welche an die Häuserfronten — und zwar an der Stelle, wo zwei Häuser aneinander stoßen — befestigt wird und kann nennenswerth über die Häuserfront hinaussteht, sich jedoch bei Nichtgebrauch selbständig an die Front anlegt. Zur Anbringung der Apparate sind nur Häuser in Nebenstraßen in Aussicht genommen.

Der diesjährige Weihnachtsmarkt beginnt am 11. und dauert bis zum 27. Dezember einschließlich mit der Maßgabe, daß am 28. Dezember, früh 8 Uhr, sämtliche Buden und Verkaufsvorrichtungen von den betreffenden Straßen und Plätzen fortgeschafft sein müssen.

Die oberirdische Juggleinleitung soll nun auch auf der elektrischen Straßenbahntrasse an der Putzstraße eingeführt werden. Auf Brandstiftung wird ein Feuer zurückgeführt, das am Freitag Mittag in der Markthalle XIV in der Reinickendorferstraße entstand. Der Brand konnte bald gelöscht werden.

In der verunglückten Droschkenfahrt nach Spandau, über die wir vor einigen Tagen berichteten, merkt uns der Besitzer die verunglückte Droschke, der Fuhrer Dobe aus der Müllerstraße 33, das der Schlichtermeister D. aus Moabit sich das Gefährt vor dem Hause Schiffbauerdamm 22 unwehmäßig angeeignet hatte. Das Pferd sei von dem Manne furchbar mißhandelt worden. Erst am Donnerstag voriger Woche ist Herr Dobe die Mitteilung zugegangen, das sein Fuhrwerk in Spandau stehe.

Die „Kasernenfrauen“ werden nächstens vor dem Berliner Gewerbegericht erscheinen. Mit diesem etwas sonderbar klingenden Ausdruck werden im Volksmunde die weiblichen Wesen bezeichnet, die in den Berliner Kasernen das Kartoffelschälen besorgen. Die Arbeit dieser Frauen ist keine leichte, es müssen im Durchschnitt täglich 2 1/2—3 Zentner Kartoffeln geschält werden; dafür erhalten die Frauen gewöhnlich 15 M. pro Monat. Unter den Kasernenfrauen des II. Garde-Dragoon-Regiments ist schon seit längerer Zeit eine gewisse Währung vorhanden. Sie wurden vor kurzem plötzlich entlassen und wollen deshalb das Gewerbegericht um Schadensersatzung für 14 Tage von ihrem Arbeitgeber, den in diesem Falle der Zahlmeister des Regiments darstellt.

Arbeitererfahrungen im Eisenbahnbetriebe. Im Dienste ist Sonntag Morgen der Eisenbahnarbeiter Friedrich Noack aus der Uckerstraße 186 schwer verunglückt. Noack war auf dem Ledert Bahnhof mit dem Reinigen von Wagen beschäftigt. Er geriet dabei zwischen die Buffer, die ihn den rechten Arm und die rechte Körperseite zerquetschten und schwere innere Verletzungen beibrachten.

Zwischen einem Kohlenwagen und einem Wagen der elektrischen Straßenbahn kam es am Montag Nachmittag um 1/5 Uhr vor dem Hause Ritterstr. 12 zu einer Kollision, durch die der Vordertheil des Straßenbahnwagens beschädigt wurde. Auch wurden die auf dem Vorderrad stehenden Fahrgäste mit Kohlenstücken überschüttet. Der Führer des elektrischen Wagens, der rechtzeitig gestoppt wurde, trifft keine Schuld an dem Zusammenstoß.

Die Nothwendigkeit der Anstellung von Schulfürzern wird aufs neue durch die erfolgte Schließung der letzten Vorklassse des Dorotheenstädtischen Realgymnasiums dargethan. Von den 46 Schülern dieser Klasse hatten sich am Sonnabend nur noch neun Klassen eingeschrieben. Von der zweiten Abtheilung, also den jüngsten A.B.G.-Schülern, waren von 23 Schülern nur noch zwei zur Stelle. Masern und Scharlach haben nach und nach die Reihen der Kleinen gelichtet. Der erste Fall war am 2. November eingetreten. Von da an entfiel Lücke auf Lücke, bis nun die Zahl auf neun herabgesunken ist. Der Unterricht wird von gestern ab auf zehn Tage unterbrochen. Hätten wir bereits das Institut der Schulfürzer, so wäre wahrscheinlich eine Schließung schon eher erfolgt, und man

würde schwerlich erwartet haben, bis der Unterricht sich schon be-

halb verbot, weil die Schüler fast sämtlich fehlten.

Wom Ballspiel in den Tod gegangen ist am Sonntag früh der 61 Jahre alte Schuhmacher Gottfried Hasenbusch aus der Birkenstraße 53.

Erstochen hat sich gestern Nachmittag der Polizeiwachmeister G. Malich in seiner Wohnung Voltumstraße 7.

Eine gesunde Natur. Vom Tanzsaal weg ließ sich am Sonnabend Abend ein junges Mädchen, Bertha K., die Tochter eines hiesigen Handwerkers, in ein Absteigequartier bringen.

Im Budapestter Pöffen- und Operetten-Theater erregt das an heiteren Einfällen reiche Lustspiel „Die Welt geht unter“ einen wohlverdienten Erfolg.

Feuerbericht. Sonntag Mittag 12 Uhr brannte Kürassierstraße 16 der Fußboden. — Nachmittags 2 Uhr ging Invalidenstraße 16 ein Koch mit Wäsche in Flammen auf.

### Achtung! 1. Wahlkreis. Achtung!

Mittwoch, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, in „Cohn's Festsälen“, Benthustrasse No. 20-21: Versammlung des 1. Wahlvereins.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Calver über: „Flottenpläne und Marine-technik“.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Dienstag, den 7. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wernau, Schwedter, Straße Nr. 23/24: Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Welche neuen Aufgaben stellen sich die Gegner? Referent: Genosse Guttman.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. (Zahlstelle Berlin.)

Mittwoch, den 8. Dezember, abends präzis 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Zubell, Lindenstraße 106: Vertrauensmänner-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Die Möglichkeit und Notwendigkeit der Veranlagung der gesamten Werkstätten zum Vertrauensmänner-System.

Branchen-Versammlung der Kastenmöbel-Tischler am Donnerstag, 9. Dezember, abends 8 Uhr, bei Sterbert, Andreadstr. 21.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband (Verwaltungsstelle Berlin.)

Mittwoch, den 8. Dezember 1897, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Rautenberg, Cranienstraße 180: Bezirks-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mittwoch, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, in Ahrens' Brauerei, Thurmstrasse 25/26: Große öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mittwoch, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, in Ahrens' Brauerei, Thurmstrasse 25/26: Große öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mittwoch, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, in Ahrens' Brauerei, Thurmstrasse 25/26: Große öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mittwoch, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, in Ahrens' Brauerei, Thurmstrasse 25/26: Große öffentliche Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag, 2. Diskussion, 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

wo ein größerer Posten Wollwaren im Schaufenster und Laden Feuer gefangen hatte. Danach wurde auch das Haus nicht unerheblich beschädigt.

Theater. Max Bernstein's neue Bühnenproduktion „Mädchentraum“, welche im Deutschen Theater am Mittwoch zur ersten Aufführung gelangt, weist folgende Besetzung der Rollen auf: Leonor, Erbprinzeßin von Aragón — Agnes Serna; Diego, ihr Oheim, Regent — Ferdinand Gregori; Serafina, seine Schwester — Luise von Pöckling; Fernando, sein Sohn — Oskar Sauer; Pedro de Aron — Josef Kainz; Ariad — Hermann Nissen; Ines, seine Tochter — Gisela Schneider; Bergad, Gesandter von Navarra — Adolf Rurth; Loribia, Zeremonienmeister — Guido Thielacher; Harbo, Hauptmann der Palastwache — Emil Wabrig; Alonso — Paul Biensfeld; Rendo — Richard Ballentin; Vicente — Hans Wöhlmann; Blanca — Paula Gerty; Finca — Helene Stagle; Juanita — Margarethe Pir; Beatriz — Agnes Müller.

### Aus den Nachbarorten.

Der Gemeindevorsteher von Schöneberg, Herr Schmod, um dessen Person sich der heisse Wahlkampf der letzten Wochen hauptsächlich drehte, scheint, wie die „Berl. Zig.“ schreibt, jetzt selbst die Hoffnung aufgegeben zu haben, zum ersten Bürgermeister der Stadt gewählt zu werden.

Den ältesten Stadtverordneten im Deutschen Reich besitzt die Stadt Eberswalde. Es ist dies der Rentier Gottlieb Schreiber, welcher am 4. Dezember sein 95. Lebensjahr vollendete.

Ein diebischer Unteroffizier. Aus Brandenburg a. O. wird berichtet: Ein Unteroffizier des hiesigen Kavallerie-Regiments, welcher vor einigen Tagen beim Diebstahl von Geldern seiner untergebenen Mannschaften abgefaßt wurde, ist zu einer vierwöchentlichen strengen Arreststrafe, Degradation und Verweisung in die zweite Klasse des Militärdienstes verurteilt worden.

Ein entsetzlicher Unglücksfall, die fast vollständige Zermalmung eines Fabrikarbeiters durch ein Fahrrad, wurde am Sonntag in der Trodenkreuzerstraße der Kornbrauereibrennerei und Preßhosenfabrik in Pritzwalk ereignet.

beschäftigt gewesene Arbeiter Welchs dem Fahrrad zu nahe, wurde von demselben erfasst und mehrere Male herumgeschleudert, ehe auf sein gelientes Schreien Hilfe herbeieilte.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Freitag und Sonnabend von 6 bis 8 Uhr abends statt.

R. Leipzig. 1. Vor Zusammenritt des Reichstages rechtskräftig geordnete Strafen werden nach dem Urteilsfall Majunkte auch während der Session vollzogen.

R. V. Die Genthinerstraße läuft parallel mit der Potsdamerstraße und quer der Pöhlstraße.

Geeger. Teilen Sie uns mit, um was es sich handelt. Wir entschließen uns nicht, eine Aufschrift von Ihnen erhalten zu haben.

R. V. II. Wir bitten um Ihren Besuch in der Volksredaktion.

R. V. I. Der Arbeitgeber muß auch während der Dauer des Arbeitsverhältnisses die Invaliditätskarte herausgeben, sobald er der Arbeiter verlangt.

R. 12. Die Frage ist freilich.

### Witterungsübersicht vom 6. Dezember 1897, 8 Uhr morgens.

Stationen.	Barometerstand in mm., reduziert auf Meeressp.	Windrichtung	Windstärke (Stolz 1-12)	Wetter	Temperatur nach Celsius (nach F. R.)
Swinemünde	767	SO	4	bedeckt	0
Hamburg	765	SO	8	Nebel	1
Berlin	765	SO	8	bedeckt	1
Wiesbaden	765	R	1	bedeckt	2
München	764	SW	3	bedeckt	-1
Wien	766	SO	2	bedeckt	-1
Hararanda	776	Still	—	bedeckt	-7
Petersburg	776	WS	1	bedeckt	-7
Ort	760	W	8	wolfig	9
Aberdeen	754	S	6	bedeckt	7
Paris	—	—	—	—	—

Wetterprognose für Dienstag, 7. Dezember 1897. Etwas wärmer, zeitweise aufklarend, vorwiegend trübe mit geringen Niederschlägen und ziemlich frischen südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

### Handlungsgehilfen, Handlungsgehilfen!

Mittwoch, den 8. Dezember, abends 9 Uhr, in den Armnhallen, Kommandantenstrasse No. 20: Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Kasernenbericht der Agitationskommission, 2. Bericht der Revisoren, 3. Ertragssatz für die Agitationskommission, 4. Bericht der Preßkommission, 5. Rennwahl der Preßkommission.

Marmor- u. Granitarbeiter. Dienstag, den 7. d. M., abends 8 Uhr, im Lokal Englischer Garten, Alexandersstrasse 27c: Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Der Streit bei der Firma Jache, 2. Verschiedenes, 3. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)

Donnerstag, den 9. Dezember, abends 8 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung im „Kolberger Salon“, Kolbergerstraße 23.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag der Genossin Frau Emma Jäger über: „Trübsal, Kartelle und Arbeiterorganisationen“, 2. Diskussion, 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Taxirer, Filiale IV. Dienstag, den 7. Dezember er., abends 7 1/2 Uhr, bei Schöning, Rönnekestraße 68: Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über den Kreislauf des Geldes und die Währungsfrage, 2. Diskussion, 3. Innere Verbandsangelegenheiten.

Bekanntmachung. III. Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse der Dachdecker Berlins.

§ 27 des Statuts wird wie folgt geändert: Die wöchentlichen Kasseneinträge betragen: 1. für Dachdecker-Gesellen . . . 51 Pf., 2. für Arbeiter . . . 42 „

Rudolph Scholz, 6. Rannunstr. 6, 20210 empfiehlt sein Weib und Baverisch-Bier-Lokal, nebst freundlichem, nach dem Garten gelegenen Vereinszimmer.

Feuerstein's Festsäle Alte Jakobstrasse 75. Joh. Martin Herzberg. Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. konstanten Bedingungen.

Vereinszimmer. Noch mehrere Tage frei. „Bormärts“ liegt aus. Restaurant, Rottbulerstraße 7. 2017b

Ausgang der Brauerei Stralan. Wir empfehlen unsere elektrisch erleuchteten Säle den Vereinen und Gewerkschaften unentgeltlich. (3094\*) Die Sonnabende sind noch frei. Birkholz u. Mittag.

Meinen werthen Kollegen, Freunden u. Parteigenossen zeige ich hiermit an, daß ich Wollner-Theater Nr. 20 ein Weib u. Parisischer-Lokal nebst Vereinszimmer, eröffnen habe. Achtungsvoll Franz Merkwalski.

### Todes-Anzeige.

Allen Freunden und Verwandten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und Vater, der Knopfabriker Ernst Brandt

in der Nacht vom Freitag nach langen Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet heute, Dienstag, Nachmittag 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.

Die trauernde Witwe Auguste Brandt nebst Kindern.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Den Mitgliedern zur Mitteilung, daß der Kollege Knopfabriker Ernst Brandt

verstorben ist. 272/7 Die Beerdigung findet heute, Dienstag, den 7. Dezember, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt.

Die Erbsverwaltung.

Todes-Anzeige. Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der frühere Payer 22325

Hugo Hahn am 1. Dezember sanft entschlafen ist. Dies zeigen liebeträufel an Frau Hahn nebst Tochter.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 7. Dezember, 3/4 Uhr, von der Leichenhalle in Wilhelmshagen aus, statt.

Kranzbinderi n. Blumenhandlung von 3032P Robert Meyer, No. 2. Mariannenstr. No. 2.

Wohnungs-Ränge, Guirlanden, Balskränzen, Bouquets etc. werden sehr geschmackvoll und preiswerth geliefert.

Blumenhandlung P. Abromeit, Blücherstr. 14. Kränze, Bouquets, Topfgewächse, Guirlanden etc.

Billigste (Marshallen) Preise bei geschmackvoller Ausführung.

Achtung! Genossinnen u. Genossen! Durch Verhältnisse veranlaßt, habe ich selbständig ein Handlungsgeschäft eröffnet.

Glaschandenhandlung werden nach Bedarf gefertigt, unter Garantie für guten Sitz und Haltbarkeit des Feders. Gefütterte Winterhandschuhe in allen Farben mit Seide, Wolle und Baumwolle. Fächerträger und Kravatten, Ballhandschuhe in Glas und Stoff, auch werden Handschuhe zum Waschen und Färben angenommen. Billigste Preise weil kein Laden. (3812\*)

Fritz Bruder, Hagenstr. 11 v. I. Aufg. Swinemündenerstraße. Umseele mein Lokal, Marienstraße 14, Eing. Grüner Weg, allen Freunden und Bekannten. Vereinszimmer bis zu 30 Pers. Telefon: Amt 7, Nr. 4237. Rudolph Tabert.

Cigaretten, Cigaretten, hochfein, billig, Bestqualität 5 u. 6 Pf. Cigaretten, Weihnachtspräsent - Kisten u. 1 R. an 25 Stk., rein amerik. Tabak 1 R. 6. R. 8. R. 10. R. 12. R. 14. R. 16. R. 18. R. 20. R. 22. R. 24. R. 26. R. 28. R. 30. R. 32. R. 34. R. 36. R. 38. R. 40. R. 42. R. 44. R. 46. R. 48. R. 50. R. 52. R. 54. R. 56. R. 58. R. 60. R. 62. R. 64. R. 66. R. 68. R. 70. R. 72. R. 74. R. 76. R. 78. R. 80. R. 82. R. 84. R. 86. R. 88. R. 90. R. 92. R. 94. R. 96. R. 98. R. 100. R. 102. R. 104. R. 106. R. 108. R. 110. R. 112. R. 114. R. 116. R. 118. R. 120. R. 122. R. 124. R. 126. R. 128. R. 130. R. 132. R. 134. R. 136. R. 138. R. 140. R. 142. R. 144. R. 146. R. 148. R. 150. R. 152. R. 154. R. 156. R. 158. R. 160. R. 162. R. 164. R. 166. R. 168. R. 170. R. 172. R. 174. R. 176. R. 178. R. 180. R. 182. R. 184. R. 186. R. 188. R. 190. R. 192. R. 194. R. 196. R. 198. R. 200.

Achtung! 209/6 Stellmacher. In der Werkstatt von Kohlhardt, Chauffeurstr. 110, haben sämtliche Kollegen außer einem, die Arbeit niedergelegt, weil ihnen zugemutet wurde, länger zu arbeiten.

Hohen Nebenverdienst können sich Leute jeden Standes verschaffen durch feines Weib. Offerten an M. 4 Exped. d. Zig.

Glasbuchstabenfacetten-Schleifer, 22325 die sich beschäftigen können, nach Eingabe zu gehen, werden sofort gelohnt. 34 meld. b. Herren S. Trenner & Son, London 78, Gray's Inn, Road.

### Meyer's Lexikon.

Brochhaus, Brockhaus's Wörterbuch und andere Werke durch Hermann's Buchhdlg., Berlin, Friedrichstr. 208.

Kolonialwaaren-Gesell., verb. mit Holz u. Kohlen, Kott geb., weg. Kranth. b. Frau verb. Hof. Ughlandstr. 60. Röh. Kurfürstendamm. 22365

Franz Beyer, Chauffeurstr. 103. Sammelnde Vikare über 1 R. Rum, Cognac etc. . . 1 R. Sammelnde Vikare zu Engrospreisen.

Kordhäuser (so gut wie Cognac) über 65 Pf. 3330Q Wurst u. Fleischw. Nr. 1, 60 Pf.

Christbaum-Konfekt, reizende Neuheiten, nur geschmackvolle Waare, 1 Kiste, sortirt, Inhalt circa 420 Stk., 2 R. 50 Pf.; 1 Kiste, sortirt, Inhalt circa 270 große Stk., 3 R. Berlin, Siegfriedstraße, Goldkronenstraße 10a. 101/10e

Kohlenplatz n. Stall, Stufe weg. Alters u. verk. 400 Thlr., 63. Kontr. Wietze bei. Remeterstr. 84.

Arbeitsmarkt.

Beihilfungs-Agenten zahlte folgende Provisionen: Feuer, Glas, Unfall, 30%; Lebens-, Militär, Todest. 15%; Volks-Beihilfung 15%; ferner Anstalts-, Kaufmann- und Polit.-Anstalt. Grund. General-Agentur, Berlin N., Müllerstraße 1, vom mittags 8-9, nachmittags 2-4 Uhr.

Goldleisten. Tüchtige Belegerinnen finden lohnende Beschäftigung Rönnekestr. 100 a.

Goldleisten. Tüchtige Grundrizer finden dauernde Beschäftigung Rönnekestr. 100 a.

Beihilfer auf Reisen werden der langst Rindorf, Berlinerstr. 89. 2225b

2 tüchtige Sattler auf bessere Handwerker verlanget 2225b

Goldmann, Admiralsstr. 9.

Tüchtige Mechaniker, nur solche auf bessere Arbeiten, verlanget [2225b] Franke & Co., Friedrichstr. 110.

Verfälscher und Farbmacher verlanget. Ad. Göpfert, Rönnekestr. 44, II.

Hohen Nebenverdienst können sich Leute jeden Standes verschaffen durch feines Weib. Offerten an M. 4 Exped. d. Zig.

Glasbuchstabenfacetten-Schleifer, 22325 die sich beschäftigen können, nach Eingabe zu gehen, werden sofort gelohnt. 34 meld. b. Herren S. Trenner & Son, London 78, Gray's Inn, Road.

Achtung! 209/6 Stellmacher. In der Werkstatt von Kohlhardt, Chauffeurstr. 110, haben sämtliche Kollegen außer einem, die Arbeit niedergelegt, weil ihnen zugemutet wurde, länger zu arbeiten.

Hohen Nebenverdienst können sich Leute jeden Standes verschaffen durch feines Weib. Offerten an M. 4 Exped. d. Zig.

Glasbuchstabenfacetten-Schleifer, 22325 die sich beschäftigen können, nach Eingabe zu gehen, werden sofort gelohnt. 34 meld. b. Herren S. Trenner & Son, London 78, Gray's Inn, Road.



Parteigenossen der Provinz Brandenburg!

Auf zur Wahltagation für die bevorstehenden Reichstagswahlen!

Die Junker und Junkerengenossen, die Großgrundbesitzer und Oshospitalisten, die Schlotjunker und Börsenleute rüsten bereits mit Macht in Ager Stille zu den nächsten Reichstagswahlen.

Parteigenossen! Bei den nächsten Wahlen handelt es sich nicht nur darum, den Alp des Militarismus und Marinismus abzuschütteln und dem geistigen und wirtschaftlichen Aufschwung unseres Volkes wieder Luft und Spielraum zu verschaffen.

Darum auf zur Agitation! Agitiert und organisiert Euch! Wie ersuchen Euch dringend, möglichst bald Wahlkomitees für die bevorstehenden Reichstagswahlen in den einzelnen Kreisen zu wählen.

Das Zentralwahlkomitee der Provinz Brandenburg für die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Z. N.: Carl Dimmid, Berlin S 42, Louiseufer 11.

Gerichts-Beitrag.

Prozess Bruno Wille. Vor dem Landgericht Gra z begann der Prozess gegen Dr. Bruno Wille wegen Verbrechen der Religionsförderung und Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung.

Zur Kennzeichnung des preussischen Fiskus. Die langen Arme des Steuerfiskus langen schon herab bis zu den „Fliegenfäden“, wie eine Verhandlung lehrt, welche heute vor der dritten Strafkammer am Landgericht II stattfand.

ehe man des Attentäters wieder habhaft werden konnte, denn bald war derselbe nicht zu ermitteln, bald erschien er nicht in den angeforderten Terminen.

Wegen Verleumdung eines vor Gericht vernommenen Sachverständigen hatte das Schöffengericht seinerzeit den Redakteur der „Staatsbürger-Zeitung“ Dr. Bachler zu 400 M. Geldstrafe verurteilt.

Der Handel mit Drogen und chemischen Präparaten, die zu Heilzwecken dienen, kann nach § 35 der Gewerbe-Ordnung in seiner neuen Fassung vom Jahre 1896 unter sagt werden, wenn die Handhabung des Gewerbebetriebes Leben und Gesundheit von Menschen gefährdet.

Eine zweite Auflage des Kieler Vordellprozesses. Am Kiel wird uns berichtet: Im September des vorigen Jahres waren auf Grund des § 180 des Strafgesetzbuches (Nuppeleiparagraph) 19 Kieler Vordellwirthe und Wirthinnen zu mehrwöchentlichen Gefängnisstrafen verurtheilt worden.

hatten sich nun vor der Strafkammer im ganzen 82 Hausbesitzer wieder einmal zu verantworten unter der Anklage, gegen den oben genannten Paragraphen sich vergangen zu haben.

Ein Aufsehen erregender Strafprozess wird zur Zeit vor dem Landgericht S i r o w verhandelt. Vor der dortigen Strafkammer spielt sich seit einigen Tagen der Prozess K o t h l ä n d e r ab.

Die Angeklagte hat ferner, als die Werder mit Anzeige drohte, um diese zu beschwichtigen, eine Schuldurkunde der Kirche im Betrage von 11000 Mark und eine von 7500 Mark für die Werder angefertigt.

Nach ein Massenmord. Aus Agram wird berichtet: In dem Prozesse gegen 86 Personen wegen der am 21. September in Sjenicka (Bezirk Pilsavonia) erfolgten Ermordung von Beamten beantragte der Staatsanwalt bei 27 die Todesstrafe, bei 4 Angeklagten Freiheitsstrafen.

Die Angeklagte Werder der Rothländer für geliehene 10500 Mark wöchentlich 45 M. Zinsen abgenommen. Außerdem hat die Werder noch Waaren im Gesamtbetrage von etwa 900 M. auf Rechnung der Rothländer entnommen.

Die Angeklagte Werder der Rothländer für geliehene 100 M. Zinsen erhielt die Rothländer 100 M. geliehen, von denen ihr von vornherein 20 M. für Zinsen abgezogen wurden.

Deutsche Kaffee-Rösterei von A. Pennitz, Berlin C., Rosenthalerstr. 59. Verstandhaus von Kaffee und Kaffeeurrogaten.

Original-Löwenbitter. Das beste für den Magen. In Flaschen à M. 0.60, 1.10 u. 1.80.

Carl Scholz, Wrangelstr. 27. Empfehle als passende Weihnachtsgeschenke Portraits von Raffaele, Marx, Engels etc.

Central-Korb- und Kinderwagen-Magazin. A. W. Schulz, 95. Brunnenstr. 95. II. Geschäft (während der Weihnachtszeit): 151, Brunnenstr. 151 (Laden).

Möbel. Verliehen gemessene und neue, haltbare, billige, Theilzahlung gestattet. Robert Hecht, Berlin S., Crandstr. 142.

Mehl. Befest 000 à 15 Pf., Auszug 17 Pf., Kleiner Rest 22 Pf., Großen 10 Pf.

Weihnachts-Präsenteigarren. In Kisten zu 25 und 50 Stück. Cigaretten Tabaken in eleganten Kartons zu 10 Stück, 20 Stück, 25 Stück, 50 Stück, 100 Stück.

Künstliche Zähne. Dr. Ringelmann. Spezialarzt für 35033\* Haut-, Harn- und Unterleibsleiden.

Möbel. In jedem Stil und jeder Holzart anfertigt billig, auch auf Theilzahlung. Oranienstr. 73.

Sophastoffe. auch Kette in Nidd, Damast, Crepe, Phantase, Gobelin und Wäschstoffbillig! 29528\* Froben franko!

100 humoristische Post-Witzkarten umsonst. Der 1. Sortiment Gratulationskarten, bestehend aus Klapp, Seiden u. Jagarten.

Sür 10 Mark. Hilfer Stoff zu einem H. Herren Winterpatelet, für 5 M. Hilfer Stoff zu einem kompletten Herrenanzug.

Lanolinseife! macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handtuch liefert ich f. 10 Pf. u. 10 Pf. Handtuch/Bettuch/Handtuch f. 2 Pf. Neue Kunstf. 17.

